

---

# Die Vorbereitung auf RP9

---

Die Gestaltung des  
Nachfolgeprogramms für das  
Rahmenprogramm für Forschung  
und Innovation Horizont 2020

---



## EINGEHENDE ANALYSE

Dieses Dokument soll einen Überblick über die Vorarbeiten der Europäischen Kommission für das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation liefern, das vorläufig noch als RP9 bekannt ist. Es enthält eine Analyse der Standpunkte der EU-Institutionen, der Beratenden Ausschüsse, der Mitgliedstaaten und der wichtigsten europäischen Interessenträger zum RP9, wobei der Schwerpunkt auf den wesentlichen Diskussionspunkten während der Verabschiedung der Rechtsvorschriften nach Annahme des Kommissionsvorschlags im Frühjahr 2018 liegt.

PE 620.215

ISBN 978-92-846-2827-8

doi:10.2861/186359

QA-01-18-398-DE-N

Das Originalmanuskript in englischer Sprache wurde im April 2018 fertiggestellt.  
Übersetzung abgeschlossen: Mai 2018

## **HAFTUNGSAUSSCHLUSS UND URHEBERRECHTSSCHUTZ**

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

© Europäische Union, 2018

Fotonachweise: © jpgon/Fotolia

[eprs@ep.europa.eu](mailto:eprs@ep.europa.eu)

<http://www.eprs.ep.parl.union.eu> (Intranet)

<http://www.europarl.europa.eu/thinktank> (Internet)

<http://epthinktank.eu> (Blog)

## ZUSAMMENFASSUNG

Der Vorschlag für ein neues Rahmenprogramm (RP) für Forschung und Innovation — RP9 — wird voraussichtlich vor Sommer 2018 von der Europäischen Kommission angenommen. Die Vorarbeiten zur Ausarbeitung dieses Vorschlags umfassen Aspekte wie die Bewertung der früheren Rahmenprogramme und Expertenstudien, auf deren Grundlage das Programm strukturiert, sein Haushaltsplan festgelegt und seine Prioritäten bestimmt werden.

Aus der Bewertung des RP7 und der Zwischenbewertung von Horizont 2020 (das derzeitige Achte RP) ging hervor, dass die RP zwar erfolgreich sind, jedoch an mancher Stelle durchaus noch Verbesserungsbedarf besteht. Dies betrifft unter anderem die folgenden Aspekte: ehrgeizigere Investitionen; kontinuierliche Vereinfachung der Umsetzung; Straffung der Förderlandschaft; Heranführung der Bürgerinnen und Bürger an die Wissenschaft; und Verstärkung der Synergien mit anderen EU-Fonds. Die Expertengruppen, die von der Kommission damit betraut wurden, in Vorbereitung auf RP9 Verbesserungsmöglichkeiten zu erörtern, kamen zu dem Schluss, dass staatliche Zuschüsse für Forschung und Innovation erhebliche und nachhaltige wirtschaftliche Auswirkungen haben; dass es für die EU zwingend erforderlich ist, im Hinblick auf Forschung und Innovation unverzüglich und entschlossen vorzugehen; und dass Forschung und Innovation von entscheidender Bedeutung sind, um sich auf die Zukunft vorzubereiten und den gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen.

Im Rahmen von RP9 werden voraussichtlich zwei neue Maßnahmen umgesetzt. Erstens kann der Europäische Innovationsrat (EIC) als strategische Initiative zur Unterstützung bahnbrechender Innovationen bezeichnet werden, die bestehende Instrumente neu gestaltet, um Lücken bei der Förderung von Forschung und Innovation zu schließen. Zweitens wird eine auftragsorientierte Herangehensweise verfolgt, die die Festlegung ehrgeiziger Ziele „von oben“ (sog. Top-down-Ansatz) mit einem Lösungskonzept „von unten“ (Bottom-up-Ansatz), bei dem die Bestimmung der Themenbereiche Sache der Bewerber ist, zusammenführt, um eine größere Wirkung bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zu erreichen.

Bei der Vorbereitung des RP9 haben EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Interessenträger ihre Stellungnahme zu den derzeitigen Beschränkungen des Rahmenprogramms und ihren Erwartungen für die Zukunft abgegeben. Aus der Analyse dieser Standpunkte gehen zehn zentrale Diskussionspunkte für das RP9 hervor, die sich teilweise überschneiden und teilweise miteinander in Konflikt stehen:

- der Haushaltsplan für das Programm, wobei sich die Vorschläge zwischen 120 und 160 Mrd. EUR bewegen;
- das erforderliche Gleichgewicht zwischen zwei widersprüchlichen Dimensionen: Exzellenz versus Kohäsion;
- das Ziel, einen höheren EU-Mehrwert durch das Programm zu erzielen, und das erforderliche Gleichgewicht zwischen Verbundinstrumenten und Instrumenten für einzelne Begünstigte herzustellen;
- die Straffung der EU-Förderlandschaft für Forschung und Innovation und die Vereinfachung der Durchführungsprozesse, um das RP9 nutzerfreundlicher zu gestalten;
- die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Verwaltung und Durchführung des RP9;
- Erwartungen hinsichtlich der Umsetzung des EIC und der Aufträge;
- die Rolle der Bürgerinnen und Bürger bei der gemeinsamen Festlegung des RP9 (Co-Design) und der Mitgestaltung seiner Ergebnisse;

- Wechselwirkungen zwischen Hochschulbildung und Forschung und Innovation;
- die Modalitäten der internationalen Zusammenarbeit zur Verstärkung der Beteiligung, und
- die Verknüpfung zwischen RP9 und dem Forschungsprogramm für die Verteidigung.

EU-Programme zur Förderung von Forschung und Innovation sollten über das RP9 hinaus Synergieeffekte nutzen, um sowohl die externe Innovationskluft zwischen der EU und ihren globalen Wettbewerbern als auch die EU-interne Innovationskluft zwischen Regionen und Ländern, die keine gleichwertige Forschungs- und Innovationskapazität aufweisen, zu schließen. Die Mitgliedstaaten und Interessenträger weisen in ihren Standpunkten auch auf die Notwendigkeit einer größeren Flexibilität bei der Umsetzung des RP hin, um sich neuen Herausforderungen und neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Die Einführung einer solchen Flexibilität für das RP9 erfordert jedoch ein höheres Maß an Vertrauen zwischen der Kommission, dem Parlament, dem Rat und den Mitgliedstaaten.

**INHALT**

1. Bewertung der früheren Rahmenprogramme .....	5
1.1. Abschließende Bewertung des Siebten Rahmenprogramms (RP7) .....	5
1.2. Halbzeitbewertung von Horizont 2020 .....	6
2. Expertenstudien zur Vorbereitung auf RP9.....	7
2.1. Wirtschaftliche Argumente für die öffentliche Förderung von Forschung und Innovation .....	7
2.2. Lamy-Bericht: Wir wollen in die Zukunft investieren.....	8
2.3. Die Zukunftsstudie Bohemia .....	9
3. Voraussichtliche Innovationen im Rahmen von RP9.....	11
3.1. Europäischer Innovationsrat .....	12
3.2. Auftragsorientierte Forschung und Innovation.....	15
4. Standpunkte zu den zentralen Gesprächspunkten für RP9 .....	18
4.1. Haushalt für Forschung und Innovation im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) .....	19
4.2. Exzellenz und Kohäsion: die kollidierenden Dimensionen.....	20
4.3. EU-Mehrwert und Zusammenarbeit: Schlüsselmerkmale des RP .....	23
4.4. Straffung und Vereinfachung: RP9 benutzerfreundlich gestalten .....	24
4.5. Verwaltung und Durchführung: die Aufgaben der Mitgliedstaaten .....	26
4.6. Innovationen: Europäischer Innovationsrat und Aufträge .....	28
4.7. Einbeziehung in die Festlegung und Mitgestaltung: die Aufgaben der Bürgerinnen und Bürger .....	29
4.8. Die Wechselwirkungen zwischen Forschung, Innovation und Hochschulbildung .....	30
4.9. Internationale Zusammenarbeit: Verstärkung der Beteiligung .....	31
4.10. Forschungsprogramm für den Verteidigungsbereich .....	32
5. Ausblick.....	32
6. Wichtige Quellen .....	33

**Liste der wichtigsten Abkürzungen**

<b>CESAER</b>	Conference of European Schools for Advanced Engineering Education and Research
<b>EARTO</b>	European Association of Research and Technology Organisations (Europäischer Verband der Forschungs- und Technologieorganisationen)
<b>ECIU</b>	European Consortium of Innovative Universities (Europäisches Konsortium innovativer Universitäten)
<b>EIC</b>	Europäischer Innovationsrat
<b>ETI</b>	Europäisches Innovations- und Technologieinstitut
<b>EFR</b>	Europäischer Forschungsraum
<b>ESIF</b>	Europäische Struktur- und Investitionsfonds
<b>EUA</b>	European University Association (Europäischer Universitätsverband)
<b>HLG</b>	Hochrangige Expertengruppe
<b>HLGI</b>	Hochrangige Innovatorengruppe
<b>LERU</b>	Liga der europäischen Forschungsuniversitäten
<b>MFR</b>	Mehrjähriger Finanzrahmen
<b>RP</b>	Rahmenprogramm
<b>SDG</b>	Ziele für nachhaltige Entwicklung
<b>The Guild</b>	Guild of European Research-Intensive Universities (Verband der forschungsintensiven Universitäten Europas)
<b>YERUN</b>	Young European Research Universities (Junge europäische Forschungsuniversitäten)

## 1. Bewertung der früheren Rahmenprogramme

Seit 2006 folgt die Annahme eines neuen EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (RP) einem Sieben-Jahres-Zyklus.<sup>1</sup> Ein RP wird in den ersten drei Jahren des Programms einer Zwischenbewertung unterzogen, und drei Jahre nach Programmende wird die abschließende Bewertung fertiggestellt. Die Vorbereitung des nächsten Rahmenprogramms, das im Jahr 2021 beginnen soll — das sogenannte RP9 —, stützt sich auf die abschließende Bewertung des RP7 und die Zwischenbewertung von Horizont 2020, dem Achten EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation.

### 1.1. Abschließende Bewertung des Siebten Rahmenprogramms (RP7)

Der Bericht der hochrangigen Expertengruppe zur Ex-post-Bewertung des RP7 (2007-2013) wurde im November 2015 veröffentlicht.<sup>2</sup> Die Experten stellten eine Reihe von Errungenschaften heraus, unter anderem die Förderung wissenschaftlicher Exzellenz in Europa durch das RP7; die Förderung bahnbrechender Forschung mit der Gründung des Europäischen Forschungsrats; der Dialog sowohl mit großen als auch kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); und die Stärkung eines offenen Innovationsrahmens. Darüber hinaus haben sie auch fünf Empfehlungen für künftige Programme angenommen:

- **Schwerpunkt auf kritischen Herausforderungen.** Das nächste RP sollte sich auf eine Reihe von strategischen Schlüsselbereichen konzentrieren, in denen die EU eine führende Rolle spielen kann und für schlanke und rasche Umsetzungsverfahren sorgen, bei denen private und öffentliche Akteure und die Zivilgesellschaft einbezogen werden.
- **Angleichung der Instrumente und Agenden im Bereich Forschung und Innovation in Europa.** Die Katalysatorwirkung des Rahmenprogramms sollte stärker sein und nicht nur zur Angleichung von EU-weiten, nationalen und regionalen Programmen, sondern auch zur Koordinierung von EU-Strategien zwischen den Direktionen der Kommission beitragen.
- **Wirksamere Integration der Schlüsselkomponenten des RP.** Die verschiedenen Unterprogramme und Instrumente im Rahmen des RP haben zu einer Zersplitterung geführt und gefährden die Effizienz und Kohärenz des Programms.
- **Heranführung der Europäerinnen und Europäer an die Wissenschaft.** Künftige RP sollten Interessenträger, die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Vorbereitung und Durchführung des RP einbeziehen.
- **Einrichtung strategischer Programmüberwachung und -bewertung.** Die Verfahren für die Überwachung und Bewertung müssen verbessert werden, damit in künftigen Programmen eine bessere faktengestützte Entscheidungsfindung ermöglicht wird.

In ihrer Mitteilung über diese Ex-post-Bewertung<sup>3</sup> stellte die Kommission fest, dass einige der von den Experten hervorgehobenen Einschränkungen von Horizont 2020 bereits in Angriff genommen werden: Die dritte Säule von Horizont 2020 geht sieben große gesellschaftliche Herausforderungen an; Partnerschaftsinstrumente wurden verbessert

---

<sup>1</sup> Weitere Informationen siehe Reillon, Vincent: [EU framework programme processes](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, Januar 2018.

<sup>2</sup> [Commitment and coherence - Ex-post evaluation of the 7th EU framework programme](#), November 2015.

<sup>3</sup> Reaktion auf den Bericht der hochrangigen Expertengruppe über die Ex-post-Bewertung des Siebten Rahmenprogramms, Europäische Kommission, [COM\(2016\) 5](#), 19. Januar 2016.

und die Fazilität für Politikunterstützung eingerichtet, um Agenden wirksamer aufeinander abzustimmen;<sup>4</sup> es wurde ein einheitliches Regelwerk für Teilnahme und Verbreitung festgelegt; die Übermittlung von Forschungsergebnissen wurde verbessert; und es wurden Indikatoren für eine bessere Überwachung und Bewertung festgelegt.

## 1.2. Halbzeitbewertung von Horizont 2020

Wie in der Verordnung vorgesehen, begann die Zwischenbewertung des Achten Rahmenprogramms, Horizont 2020, mit einer im Oktober 2016 eröffneten öffentlichen Konsultation, um Rückmeldungen von Interessenträgern einzuholen. Die Kommission, das Europäische Parlament, der Rat der EU und die beiden Beratenden Ausschüsse haben ihre eigenen, getrennten Bewertungen des Programms durchgeführt.<sup>5</sup>

Die Kommission hat ihre Schlussfolgerungen zur Zwischenbewertung von Horizont 2020 im Januar 2018 angenommen. Darin wurde bestätigt, dass das Programm relevant sei und einen deutlichen EU-Mehrwert generiere. Die Umsetzung von Horizont 2020 wurde als effizient eingeschätzt und erste Ergebnisse weisen tendenziell darauf hin, dass das Programm seine Ziele wirksam erreiche. Die Integration von Forschung und Innovation und die Säulenstruktur von Horizont 2020 haben im Vergleich zu früheren Rahmenprogrammen zu stärkerer interner Kohärenz beigetragen.

Die Kommission hob außerdem acht Aspekte als **Lehren aus der Bewertung hervor**, die zu einer besseren Vorbereitung und Durchführung des RP9 beitragen können:

- **Ambitioniertere Investitionen** in Forschungs- und Innovationsprogramme, um die derzeitige Situation anzugehen, die als Unterfinanzierung des Programms bezeichnet wird.
- **Weitere Vereinfachung** bei der Durchführung des Programms.
- **Umfassendere Unterstützung für bahnbrechende Innovationen, die neue Märkte schaffen**, indem ein Europäischer Innovationsrat eingerichtet und das Programm flexibilisiert wird.
- **Größere Wirkung und Reichweite** durch stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die gemeinsame Festlegung und Mitgestaltung des Programms und durch die Einführung von Ful-Aufträgen.
- **Stärkung der Synergien mit anderen EU-Förderprogrammen und EU-Strategien** bei der Konzeption von Programmen, indem Kofinanzierungsmodalitäten flexibler gestaltet und die Kompatibilität der Vorschriften zwischen einzelnen EU-Programmen verbessert werden.
- **Stärkung der internationalen Zusammenarbeit**, um die bei Horizont 2020 festgestellte negative Tendenz umzukehren.
- **Mehr Offenheit des Programms**, indem alle Veröffentlichungen offen zugänglich und alle Daten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar gemacht werden.
- **Rationalisierung der EU-Finanzierungslandschaft** durch Neugestaltung von Instrumenten und Fördersystemen.

---

<sup>4</sup> Weitere Informationen sind auf der [Website](#) der Fazilität für Politikunterstützung verfügbar.

<sup>5</sup> Die Ergebnisse dieser Bewertungen – die [Zwischenbewertung](#) der Kommission, die [Entschließung](#) des Europäischen Parlaments, die [Schlussfolgerungen](#) des Rates, die [Stellungnahme](#) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und die [Stellungnahme](#) des Ausschusses der Regionen – werden analysiert und zusammengefasst in Reillon, Vincent: [Interim evaluation of Horizon 2020](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, März 2018.



Neben der Frage der Gesamtfinanzierung des Programms sollten drei weitere Schlüsselfragen, die aus den verschiedenen Bewertungen von Horizont 2020 hervorgegangen sind und im Zusammenhang mit den „gezogenen Lehren“ der Kommission stehen, **von dem künftigen RP angegangen werden**:

- **Das Gleichgewicht zwischen Exzellenz und Kohäsion bei der EU-Förderung von Forschung und Innovation.** Die unausgewogene Verteilung der RP-Mittel in der EU gibt Anlass zu Sorge im Hinblick auf die Auswirkungen des Exzellenzkriteriums. Daher müssen die Synergien der verschiedenen EU-Fonds verstärkt werden, um einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten und andererseits den Zusammenhalt der EU in der Forschung und Innovation zu fördern.
- **Die Mehrebenenverwaltung des RP zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und den Regionen.** Zum Zwecke der Verbesserung der Kohärenz des Forschungs- und Innovationsökosystems der EU wird darauf hingewiesen, dass die Rolle jeder Ebene bei der Unterstützung des Forschungs- und Innovationsökosystems klargestellt werden müsse und die Prioritäten und Programme für Forschung und Innovation auf allen Ebenen aufeinander abgestimmt werden müssen.
- **Die Frage des EU-Mehrwerts des RP und seiner Instrumente.** Der größte EU-Mehrwert des RP beruht auf der transnationalen, sektorübergreifenden und/oder multidisziplinären Dimension von Verbundinstrumenten. Dies wird voraussichtlich bei der Straffung der EU-Förderlandschaft für Forschung und Innovation und zur Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses der Finanzierung zwischen Instrumenten für einzelne Begünstigte und Kooperationsinstrumenten berücksichtigt werden.

## 2. Expertenstudien zur Vorbereitung auf RP9

Bei der Vorbereitung ihres Vorschlags für das nächste Rahmenprogramm wurde die Kommission von Experten und Beratungsgruppen unterstützt, um eine Reihe von Fragen zu erörtern, die sich aus der Halbzeitbewertung von Horizont 2020 ergeben haben.

### 2.1. Wirtschaftliche Argumente für die öffentliche Förderung von Forschung und Innovation

Das Hauptproblem von Horizont 2020 ist seine geringe Erfolgsquote, die auf eine unzureichende Finanzmittelausstattung des Programms zurückzuführen ist, da nicht alle als exzellent eingestuften Vorschläge finanziell gefördert werden konnten. Zur Vorbereitung der Debatte über den Anteil der EU-Haushaltsmittel für Forschungs- und Innovations-tätigkeiten im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) hat die Kommission im März 2017 mit Unterstützung und unter Anleitung externer Experten eine interne Studie über die wirtschaftlichen Argumente für die öffentliche Förderung von Forschung und Innovation erstellt.<sup>6</sup> In der Studie wurden lediglich die wirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Forschung und Innovation erörtert, obwohl angemerkt wird, dass Investitionen in Forschung und Innovation auch wichtige gesellschaftliche Auswirkungen haben, die zur Erhöhung des Wohlergehens beitragen.

Die Studie schließt mit der Feststellung, dass staatliche Zuschüsse für Forschung und Innovation erhebliche und nachhaltige wirtschaftliche Auswirkungen haben und Innovation eine zentrale Triebfeder für Produktivität und Wirtschaftswachstum ist. In Europa lässt sich das Wirtschaftswachstum zwischen 1995 und 2007 zu zwei Dritteln auf

---

<sup>6</sup> Europäische Kommission: [The economic rationale for public R&I funding and its impact](#), 2017.

Forschung und Innovation zurückführen, auf die auch 15 % aller Produktivitätssteigerungen zwischen 2000 und 2013 entfielen.<sup>7</sup> Während Forschung und Innovation scheinbar zur Schaffung von besseren und höherwertigen Arbeitsplätzen beitragen, sind die empirischen Nachweise der Auswirkungen von Forschung und Innovation auf die Schaffung von Arbeitsplätzen weiterhin nicht eindeutig.<sup>8</sup>

Die Kommission weist darauf hin, dass öffentliche Investitionen in Forschung und Innovationen erforderlich sind, um die Übertragungseffekte aus der Entstehung und Verbreitung von Wissen zu maximieren. Diese Investitionen müssen sich auf das gesamte Innovationsökosystem einschließlich Grundlagenforschung und marktschaffender Innovation erstrecken und sollten zu einem ausgewogenen Gleichgewicht zwischen der Förderung von Kooperation und der Förderung von Wettbewerb beitragen. Verbesserte Rahmenbedingungen für Innovationen wie gut funktionierende Märkte, intelligente Vorschriften, die einer Marktzersplitterung entgegenwirken, und die Förderung von qualifizierten Fachkräften sowie ein angemessener Zugang zu Finanzmitteln tragen dazu bei, die Wirkung von Investitionen in Forschung und Innovation zu erhöhen.

In der Studie wird darauf hingewiesen, dass die Hindernisse für die Entstehung und Verbreitung von Forschung und Innovation im Laufe der Entwicklung des Charakters der Innovation tendenziell stärker ausgeprägt sind, was der Rolle der öffentlichen Finanzhilfe zusätzliches Gewicht verleiht. Dies bedeutet, dass eine flexible öffentliche Forschungs- und Innovationspolitik mit geeigneten Forschungs- und Innovationsinstrumenten gestaltet werden muss, die lokalen Gegebenheiten Rechnung trägt, um ihre Durchschlagskraft zu erhöhen.

## 2.2. Lamy-Bericht: Wir wollen in die Zukunft investieren

Im September 2016 setzte die Kommission eine hochrangige Expertengruppe ein, die im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020 beratende Unterstützung dazu leisten sollte, wie die Wirkung des RP9 maximiert werden kann.<sup>9</sup> Die Gruppe unter Vorsitz von Pascal Lamy, dem ehemaligen Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) sowie EU-Kommissar für Außenhandel, stellte ihren Bericht mit dem Titel „LAB-FAB-APP: Investing in the European future we want“, der auch als Lamy-Bericht bekannt ist,<sup>10</sup> im Juli 2017 vor.<sup>11</sup> In dem Bericht zieht die Gruppe den Schluss, dass die EU Forschung („Lab“ für Labore), Innovationen („Fab“ für Fabrikationen) und Anwendungen („App“ für Applikationen) benötige.

Die EU, so die Expertengruppe, müsse unverzüglich und entschlossen handeln, um die Tatsache in Angriff zu nehmen, dass Europa zwar durchaus wissenschaftliche

---

<sup>7</sup> Im Hinblick auf diesen letzten Aspekt weisen die Verfasser auf die erheblichen Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten hin, die von unter 10 % bis hin zu 50 % reichen.

<sup>8</sup> Neue Technologien gehen mit der Automatisierung bestehender Arbeitsplätze einher, was zum Abbau von Arbeitsplätzen führt, während gleichzeitig neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Gesamtbilanz der Anzahl der Arbeitsplätze lässt sich nur schwer messen.

<sup>9</sup> Weitere Informationen sind auf der [Website](#) verfügbar, auf der die Tätigkeiten der hochrangigen Expertengruppe dargestellt werden.

<sup>10</sup> Europäische Kommission, Bericht der unabhängigen hochrangigen Expertengruppe zur Maximierung der Wirkung der Ful-Programme der Europäischen Union: [LAB – FAB – APP – Investing in the European future we want](#), 2017.

<sup>11</sup> Die Kommission hat im Februar 2017 eine [Reihe von Dokumenten](#) zur Unterstützung der Arbeit der hochrangigen Expertengruppe ausgearbeitet, in denen der Kontext und die Schlüsselfragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Rahmenprogramms dargelegt sind.

Erkenntnisse hervorbringt, diese aber nicht hinreichend ausschöpfe. Im Hinblick auf dieses Ziel formulierte die Gruppe 11 Empfehlungen:

1. Forschung und Innovation sowohl in nationalen als auch in EU-Haushaltsplänen priorisieren, Verdoppelung des Haushaltsplans des nächsten Rahmenprogramms für Forschung und Innovation;
2. durch die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrats eine wirkliche EU-Innovationspolitik aufbauen, die zukünftige Märkte schafft;
3. für die Zukunft ausbilden und in Menschen investieren, die den Wandel herbeiführen;
4. das Forschungs- und Innovationsprogramm der EU auf eine größere Wirkung ausrichten;
5. einen auftragsorientierten und an Wirkung ausgerichteten Ansatz verfolgen, um globale Herausforderungen anzugehen;
6. die EU-Förderlandschaft rationalisieren und Synergien mit den Strukturfonds herstellen;
7. das Programm weiter vereinfachen und das attraktivste Forschungs- und Innovationsprogramm der Welt schaffen;
8. die Bürgerinnen und Bürger mobilisieren und miteinbeziehen, indem die gemeinsame Festlegung und Mitgestaltung gefördert werden;
9. Investitionen in Forschung und Innovation von EU und Mitgliedstaaten besser aufeinander abstimmen;
10. internationale Zusammenarbeit bei Forschung und Innovation zum Markenzeichen der EU-Forschung und Innovation machen;
11. Wirkung erfassen und besser kommunizieren.

Die Europäische Kommission hat einige dieser Empfehlungen in ihren Schlussfolgerungen zur Halbzeitbewertung von Horizont 2020 berücksichtigt.<sup>12</sup> Mit ihrer Empfehlung, den Haushaltsplan des nächsten RP im Rahmen des nächsten MFR zu verdoppeln, hat die hochrangige Expertengruppe die Bedeutung verstärkter Investitionen der EU in Forschung und Innovation bestätigt.<sup>13</sup> Die wichtigste Innovation, die die hochrangige Expertengruppe eingeführt hat, ist das Konzept der Schaffung einer auftragsorientierten Forschungs- und Entwicklungspolitik auf EU-Ebene. Dieser Vorschlag ist bei den Interessenträgern auf reges Interesse gestoßen und hat die Kommission veranlasst, weitere Studien in Auftrag zu geben, um genauer zu bestimmen, was dieses Konzept beinhaltet und wie es umgesetzt werden würde (siehe Abschnitt 3).

### 2.3. Die Zukunftsstudie Bohemia

Das unter dem Namen „Bohemia“ bekannte Projekt „Beyond the Horizon: Foresight in Support of Future EU Research and Innovation Policy“ wurde 2016 aufgelegt, um die Kommission bei der Vorbereitung von RP9 zu unterstützen.<sup>14</sup> Das Ziel des Projekts

---

<sup>12</sup> Die Kommission hat ein [Informationsblatt](#) veröffentlicht, in dem die Schlussfolgerungen zur Halbzeitbewertung von Horizont 2020 und die Empfehlungen der hochrangigen Expertengruppe dargelegt werden.

<sup>13</sup> Dies würde für RP9 eine Mittelausstattung in Höhe von 160 Mrd. EUR bedeuten, wobei die hochrangige Expertengruppe darauf hinweist, dass die Mittelausstattung für RP9 mindestens 120 Mrd. EUR betragen sollte, um die derzeitige jährliche Wachstumsrate aufrechtzuerhalten.

<sup>14</sup> Das [Projekt](#) wurde von Horizont 2020 im Rahmen der Herausforderung „Europa in einer sich verändernden Welt: integrative, innovative und reflektierende Gesellschaften“ im [Arbeitsprogramm 2014-2015](#) finanziert. Das Projekt wurde von einem Konsortium von Forschungseinrichtungen unter Leitung des Austrian Institute of Technology durchgeführt. Die Durchführung des Projekts führte zu der

bestand darin, Szenarien für die Zukunft auszuarbeiten und Empfehlungen sowohl im Hinblick auf die Prioritäten für die thematischen Bereiche und Themen, die Gegenstand von RP9 sein sollten, als auch im Hinblick auf die Entwicklung der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik und die Struktur und Umsetzung von RP9 abzugeben.

In der ersten Phase des Projekts wurden Metaszzenarien entworfen, in denen die möglichen Kontexte skizziert wurden, in denen die künftige europäische Forschungs- und Innovationspolitik und -förderung entwickelt werden sollte. In der im April 2017 veröffentlichten Studie „New Horizons“ wird betont, dass eine der Hauptaufgaben von Forschung und Innovation darin bestehe, Lösungen, Möglichkeiten und Optionen für die Gesellschaft zu schaffen und zu ermöglichen, um ihre Herausforderungen und Krisen wirksam anzugehen.<sup>15</sup> Für die Verfasser geht es bei der Vorbereitung eines neuen Rahmenprogramms nicht darum, wie Geld ausgegeben werden sollte, sondern vielmehr um eine gemeinsame Sichtweise auf die Probleme, mit denen die Gesellschaft konfrontiert sein könnte, auf die zu ergreifenden Möglichkeiten und auf die für diese beiden Aspekte letztlich erforderlichen Instrumente. In der Studie werden zwei Arten von Metaszzenarien für die Zukunft dargestellt, die entweder auf dem Erreichen oder Nicht-Erreichen der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDG) basieren:<sup>16</sup>

- „Turbulent tomorrow“ (turbulente Welt von morgen), das Szenario der Beständigkeit, in der die grundlegenden Prinzipien und Strukturen unserer Volkswirtschaften weitgehend unverändert bleiben und die Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden: Eine alternde EU-Bevölkerung verursacht eine Kluft zwischen den Generationen; Gesundheitsprobleme häufen sich; Städte sind verschmutzt; Technologien verändern sich rasant und führen zu sozialen Ungleichgewichten; der Klimawandel führt zu Konflikten und einem kritischen Mangel an Ressourcen. In diesem negativen Szenario nimmt Europa keine Führungsposition mehr ein, sondern ist lediglich eine von vielen unglücklichen Stimmen.
- „Transition to a better age“ (Übergang zu einer besseren Zeit), das Szenario der Veränderung, in dem die EU ihre Werte konsequent in die Tat umsetzt und auf das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele hinarbeitet: Die Gesellschaft geht zu einer kohlenstoffarmen Energiewirtschaft und Kreislaufwirtschaft über und trägt so dazu bei, das Risiko des Klimawandels zu begrenzen; dank Produktivitätsgewinnen aus der Technologie kann ein Grundeinkommen für alle finanziert werden; eine bessere medizinische Versorgung ermöglicht ein längeres und gesünderes Leben; und Städte sind Labore einer guten Verwaltung. In diesem positiven Szenario nimmt Europa eine moralische, soziale und technologische Führungsposition ein.

Die Experten betonen, dass Forschung und Innovation von entscheidender Bedeutung seien, um sich auf die Zukunft vorzubereiten. Dabei unterscheiden sie zwischen drei verschiedenen Arten von Forschung und Innovation: lösungsorientierte Forschung und Innovation, um neue Lösungen für kritische Herausforderungen zu finden; verständnis-

---

Einrichtung einer Foresight-Plattform unter Beteiligung verschiedener Generaldirektionen der Kommission und externer Sachverständiger.

<sup>15</sup> Europäische Kommission: [New horizons – Future scenarios for research & innovation policies in Europe](#) (project Bohemia), 2017.

<sup>16</sup> Die [Resolution](#) der Vereinten Nationen zu den 17 [Zielen für eine nachhaltige Entwicklung](#) wurde von der Generalversammlung am 25. September 2015 mit der Maßgabe verabschiedet, diese Ziele bis 2030 zu erreichen.

orientierte Forschung, um die Herausforderungen besser zu verstehen; und Pionierforschung, um auf wissenschaftliches Neuland vorzustoßen und die Gesellschaft langfristig widerstandsfähiger zu machen. Abschließend werden in dem Bericht grundlegende Prinzipien im Hinblick auf die Rolle und Umsetzung von Forschung und Innovation aufgeführt, die aus den Szenarien hervorgehen: Widerstandskraft aufbauen, indem Optionen entwickelt werden, bevor es zur Krise kommt; unter realen Bedingungen experimentieren und die Städte als Labore heranziehen; aus vorbildlichen Verfahrensweisen lernen, indem Best-of-Class-Modelle ermittelt werden; mit Offenheit, Inklusivität und Fairness als politische Grundsätze eine geeignete Verwaltung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen; und sektorübergreifend vermitteln und zusammenarbeiten.

Die zweite Phase des Bohemia-Projekts bestand aus einer Umfrage, um neue Einsichten in künftige Technologien, gesellschaftliche Fragen und Forschungs- und Innovationsmethoden zu erhalten. Diese Umfrage setzte sich aus 147 Aussagen zu künftigen thematischen Errungenschaften wie beispielsweise „Mehr als 80 % aller wichtigen Seltenerd-Werkstoffe werden in der EU wiederverwertet“ oder künftigen Merkmalen des politischen Umfelds für Forschung und Innovation wie „Datenverarbeitungskompetenz wird an allen Grundschulen in der EU gelehrt“ zusammen.<sup>17</sup> Hunderte externe Sachverständige wurden gebeten, den zeitlichen Rahmen für die Realisierung jeder Aussage zu schätzen und Argumente zur Begründung dieser Schätzungen abzugeben und zu gewichten. Die Ergebnisse wurden in einem Bericht im Oktober 2017 veröffentlicht.<sup>18</sup>

Aufbauend auf dieser Arbeit und der Durchführung neuer öffentlicher Konsultationen besteht die letzte Aufgabe des Bohemia-Konsortiums darin, Empfehlungen für das politische Umfeld für Forschung und Innovation der EU und prioritäre Themenbereiche abzugeben. Die Empfehlungen sollten auf zielgerichteten Szenarien basieren, die im Vergleich zu den Metaszenerarien der ersten Studie konkretisiert werden. Diese Empfehlungen dürften eine neue Herangehensweise an die Forschungs- und Innovationspolitik und -tätigkeiten der EU liefern, damit die EU die voraussichtlichen Übergänge angemessen bewältigen kann. Der Abschlussbericht des Bohemia-Projekts, der ursprünglich für Dezember 2017 erwartet wurde, dessen Veröffentlichung aber noch aussteht, sollte Vorschläge für eine thematische Agenda für Forschung und Innovation für das RP9 enthalten und die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von EU-Forschung und Innovation in der Zukunft skizzieren.

### 3. Voraussichtliche Innovationen im Rahmen von RP9

Aus der Zwischenbewertung von Horizont 2020 ging hervor, dass die Struktur des Programms, bei dem Forschung und Innovation miteinander verknüpft werden, und das in drei Säulen gegliedert ist, eine Verbesserung gegenüber früheren RP darstellte. Es wird davon ausgegangen, dass diese Struktur für RP9 beibehalten wird. Um einigen der

---

<sup>17</sup> Weitere Beispiele für diese Aussagen sind: „Quantencomputer sind auf dem europäischen Markt erhältlich“; „Alle lebenswichtigen Organe und Körperteile des Menschen können reproduziert werden“; „20 % der Fläche in EU-Städten mit mindestens 50 000 Einwohnern werden für die urbane und stadtnahe Landwirtschaft genutzt“; „Ozeane liefern 20 % der Energieversorgung der EU“; und „80 % der Forschung wird von autonomen (unabhängigen, einzelnen, freiberuflichen) Forscherinnen und Forschern durchgeführt“.

<sup>18</sup> Europäische Kommission: [New horizons – Data from a Delphi survey in support of future European Union policies in research and innovation](#) (project Bohemia), 2017.

Einschränkungen von Horizont 2020 zu begegnen, werden im nächsten Rahmenprogramm jedoch voraussichtlich zwei Neuerungen eingeführt werden: der Europäische Innovationsrat, ein neues Instrument zur Förderung von Innovationen; und eine auftragsorientierte Herangehensweise bei der Durchführung von Forschungs- und Innovationsprogrammen.

### 3.1. Europäischer Innovationsrat

#### 3.1.1. Einführung des Konzepts

In einer Rede anlässlich der ERA-Konferenz am 22. Juni 2015 schlug der EU-Kommissar für Forschung und Innovation Carlos Moedas vor, im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020 die Schaffung eines Weltklasse-Instruments zur Förderung der allerbesten Innovationen auf EU-Ebene zu erörtern.<sup>19</sup> In Anlehnung an den renommierten Europäischen Forschungsrat prägte Kommissar Moedas die Bezeichnung „Europäischer Innovationsrat“ (European Innovation Council, EIC) für dieses potenzielle neue Instrument, ohne jedoch Vorschläge zu Art, Umfang und Umsetzung des EIC zu machen.<sup>20</sup>

#### 3.1.2. Öffentliche Konsultationen zum Europäischen Innovationsrat

Im Februar 2016 gab Kommissar Moedas erste Hinweise zu der Gestalt, die der EIC annehmen könnte,<sup>21</sup> während die Kommission eine offene Aufforderung zur Einreichung von Ideen zum EIC in die Wege leitete. In einem Überblick über die eingegangenen Antworten stellte die Kommission fest, dass sich mehr als 75 % der Befragten darin einig waren, dass die derzeitige EU-Innovationsförderung Lücken aufweise.<sup>22</sup> Aus den Antworten zeichnete sich jedoch keine eindeutige Präferenz der Befragten dafür ab, ob der EIC dazu beitragen sollte, die Lücken zu schließen, den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern oder strategische Beratung zu bieten. Allerdings wiesen die Befragten darauf hin, dass die Umsetzung der Instrumente zur Förderung von Innovationen im Rahmen von Horizont 2020 weiter vereinfacht werden sollte, wobei sie einen Bottom-up-Ansatz für die Festlegung der Themen forderten. Die Interessenträger forderten darüber hinaus Ausschreibungen zu bahnbrechenden Technologien und einen verbesserten Zugang zu Risikofinanzierung.

Die Schlussfolgerungen aus der Konsultation wurden im Juli 2016 bei einem Workshop in Brüssel erörtert. In dem entsprechenden Bericht zu dem Workshop stellte die Kommission fest, dass die Ansichten der Interessenträger stark variierten, oft konvergierten, aber manchmal auch auseinanderliefen.<sup>23</sup> In dem Bericht wurde darauf hingewiesen, dass die Benutzerschnittstelle für die Innovationsförderung der EU verbessert werden müsse. Darüber hinaus seien Verbesserungen erforderlich, um die Umsetzung des KMU-Instruments und des Instruments „Der schnelle Weg zur Innovation“ (FTI) zu beschleunigen und zu vereinfachen und diese Instrumente benutzerfreundlicher und

---

<sup>19</sup> Moedas, Carlos: [Open Innovation, Open Science, Open to the World](#), 22. Juni 2015.

<sup>20</sup> Die Benennung eines neuen Instruments ohne Vorlage eines eindeutigen Konzepts, was dieses Instrument beinhaltet, ist in der EU-Forschungspolitik nicht neu. Die Gründung des [Europäischen Innovations- und Technologieinstituts](#) (EIT) folgte demselben Muster. In den Monaten nach der Ankündigung des EIC führte der Mangel an Klarheit zu Spekulationen über die mögliche Gestalt des EIC, wie ein [Artikel](#) aus dem Januar 2016 in Science Business zeigt.

<sup>21</sup> Science Business: [Moedas unveils his vision of the European Innovation Council](#), 16. Februar 2016.

<sup>22</sup> Europäische Kommission: [Ideas for a European Innovation Council - Overview of responses to the call for ideas](#), 2016.

<sup>23</sup> Europäische Kommission: [Ideas for a European Innovation Council - Summary of a validation workshop with stakeholders held on 13 July 2016](#), 2016.



flexibler zu gestalten.<sup>24</sup> Der Bewertungsprozess des Vorschlags für Innovationsinstrumente solle dahingehend verbessert werden, dass mehr Risiken hingenommen werden. Schließlich wiesen die Interessenträger auf den eindeutigen Bedarf an „weicher“ Unterstützung hin: Beratung, Betreuung und Coaching.

### 3.1.3. Expertenmeinung zum Europäischen Innovationsrat

Im Anschluss an die öffentlichen Konsultationen beschloss die Kommission, eine Expertengruppe einzurichten, um Empfehlungen für die Gestaltung eines potenziellen EIC zu erhalten.<sup>25</sup> Die Hochrangige Innovatorengruppe (HLGI) wurde im Januar 2017 ins Leben gerufen.<sup>26</sup> Mit der Veröffentlichung des Lamy-Berichts im Juli 2017 stellte die HLGI ihre Arbeit in den Rahmen der zweiten Empfehlung der Lamy-Gruppe. Zwischenzeitlich nahm die Kommission eine Mitteilung zu einer „Start-up- und Scale-up-Initiative“ an, deren Ziel die Bewältigung der Einschränkungen und der regulatorischen, administrativen und finanziellen Hindernisse war, denen europäische Start-ups bei der Expansion gegenüberstehen.<sup>27</sup> In dieser Initiative wird der EIC als eines der Instrumente erwähnt, die zur Verbesserung der EU-Förderung für Start-ups entwickelt werden könnten.

Im Anschluss an eine erste Reihe von Empfehlungen, die im November 2017 angenommen wurden,<sup>28</sup> legte die HLGI im Januar 2018 ihre Schlussfolgerungen zu einem künftigen EIC im Rahmen von RP9 vor.<sup>29</sup> Die Gruppe vertrat die Auffassung, dass für Europa derzeit die Chance bestehe, wieder eine führende Stellung in Sachen Innovationen zu erlangen, da es über das Talent, die Motivation und die Ressourcen verfüge, die für die nächste Generation umwälzender Technologien erforderlich seien. Die HLGI wies darauf hin, dass der EIC sich auf die Förderung bahnbrechender Innovationen, insbesondere Deep-Tech-Innovationen, konzentrieren sollte;<sup>30</sup> den Austausch von Ideen und bewährten Verfahren in der EU erleichtern und beschleunigen sollte; und einen Bottom-up-Ansatz verfolgen sollte, wenn geförderte Innovationen nicht vorab festgelegt sind.

Ausgehend von dieser Analyse ermittelten die Experten vier einschränkende Faktoren, die durch einen EIC in Angriff genommen werden sollten, und zu denen sie **Empfehlungen** abgaben:

- **Finanzierung: Der EIC sollte die Vielfalt an bestehenden Programmen rationalisieren und vereinfachen**, um ein kleines Bündel flexibler „EIT Awards“ zu erhalten, die zuschuss- und darlehensbasierte Förderung kombinieren könnten. Die Bewertungsprozesse sollten die Übernahme von Risiken ermöglichen und die Möglichkeit vorsehen, einen Award auszusetzen oder neu auszurichten. Es sollte ein

---

<sup>24</sup> Eine Beschreibung des KMU-Instruments und von FTI findet sich in Reillon, Vincent: [Haushalt und Durchführung von Horizont 2020](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, Europäisches Parlament, 2015.

<sup>25</sup> Europäische Kommission: [Commission invites top innovators to help shape a new European Innovation Council](#), 29. September 2016.

<sup>26</sup> Europäische Kommission: [Commission brings in top innovators to advise on a potential European Innovation Council](#), 20. Januar 2017.

<sup>27</sup> Europas Marktführer von morgen: die Start-up- und die Scale-up-Initiative, Europäische Kommission, [COM\(2016\) 733](#), 22. November 2016.

<sup>28</sup> Europäische Kommission: [Europe is open for innovation](#), Hochrangige Innovatorengruppe, 2017.

<sup>29</sup> Europäische Kommission: [Europe is back: accelerating breakthrough innovation](#), Hochrangige Innovatorengruppe, 2018.

<sup>30</sup> Experten definieren Deep-Tech-Innovationen als Innovationen, die sich stark auf neue Wissenschaft, Technologie oder Technik stützen und ein erhebliches Maß an „geduldigem Kapital“ mit sehr unsicheren Ergebnissen erfordern. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich von digitalen Innovationen.

strategisches Beratungsgremium des EIC eingerichtet werden, um Orientierung und Beratung zu bieten.

- **Bewusstseinsbildung: Der EIC sollte Erfolge höchst aktiv ermitteln und verbreiten** und über ein umfassendes Überwachungs- und Bewertungssystem verfügen. Der EIC sollte in der Lage sein, Daten zu neuen Technologien, bahnbrechenden Innovationen und generierten Wertschöpfungsketten zu erfassen, zu analysieren und verfügbar zu machen und Erfolgsmeldungen zu verbreiten.
- **Umfang: Nationale und lokale Initiativen reichen nicht aus, um auf globaler Ebene in den Wettbewerb zu treten.** Der EIC muss mehr und tiefgreifende Verknüpfungen zwischen Risikokapital, Hochschulen, Großkonzernen, lokalen Regierungsstellen und Aufsichtsbehörden über die regionale, nationale und EU-Ebene hinweg ermöglichen. Über die Bereitstellung von Finanzmitteln hinaus sollte der EIC Preisträger darin unterstützen, Kontakte zu Partnern über Wertschöpfungsketten hinweg herzustellen und regulatorische Hindernisse zu bewältigen.
- **Talent: Der EIC sollte europäische Vorbilder und Vorkämpfer auf dem Gebiet der Innovation** hervorheben und eine Art „EIC-Stipendiatenprogramm“ einführen, um Kontakte zwischen EIC-Preisträgern und erfahrenen Kollegen herzustellen.

#### 3.1.4. Prüfung der Empfehlungen: Das Pilotprojekt zum Europäischen Innovationsrat „European Innovation Council Pilot“

Angesichts der eingeschränkten Flexibilität der Regelung von Horizont 2020 konnte die Kommission während der Laufzeit von Horizont 2020 keine neuen Instrumente zur Innovationsförderung erproben. Daher bündelte die Kommission eine Reihe bestehender Instrumente wie das KMU-Instrument und „Der schnelle Weg zur Innovation“ unter der Bezeichnung „EIC Pilot“ (Pilotprojekt EIC)<sup>31</sup> in Vorbereitung des letzten Arbeitsprogramms zur Durchführung von Horizont 2020 für die Jahre 2018-2020. Diese Instrumente wurden unter Berücksichtigung der bei der Vorbereitung des EIC von den Interessenträgern erhaltenen Rückmeldungen modifiziert. So war die Kommission in der Lage, einige Empfehlungen der Interessenträger zu testen, unter anderem die Neuausrichtung der Instrumente auf bahnbrechende Innovationen; die Verfolgung eines Bottom-up-Ansatzes bei Ausschreibungen ohne vorhergehende Festlegung der Themen für die Vorschläge; und die Einführung persönlicher Gespräche im Auswahlprozess. Diese Umstellung und Modifizierung bestehender Instrumente kann jedoch nicht als wirkliches EIC-Pilotprojekt betrachtet werden, da sie im Rahmen von RP9 umgesetzt werden wird. „EIC Pilot“ ist vielmehr ein Experiment, wobei an bestehenden Instrumenten einige Merkmale erprobt werden, die Teil des EIC sein werden.

#### 3.1.5. Aktuelle Situation des Europäischen Innovationsrats

Im September 2017 überschritt sich die Idee des Kommissars, einen EIC einzurichten, mit dem Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Schaffung einer Europäischen Agentur für bahnbrechende Innovationen als zwischenstaatliches Gremium.<sup>32</sup> Kommissar Moedas legte Präsident Macron den Bericht der Hocharangigen Innovatorengruppe nach dessen Veröffentlichung mit dem Ziel vor, sicherzustellen, dass die beiden Initiativen zusammenlaufen können.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Die anderen Instrumente, die Bestandteil von „EIC Pilot“ sind, sind FET Open, Innovationspreise im Rahmen von Horizont 2020 sowie Unterstützungs- und Sondierungsmaßnahmen.

<sup>32</sup> Macron, Emmanuel: [Initiative for Europe: A sovereign, united, democratic Europe](#), 26. September 2017.

<sup>33</sup> Europäische Kommission: [EU financing for breakthrough innovation should adapt to the needs of the innovator, experts say](#), 26. Januar 2018.



Seit dem Vorschlag von Kommissar Moedas, die Förderung von Innovationstätigkeiten im Rahmen des RP zu überprüfen, hat sich die Vision der zukünftigen Gestalt des EIC konkretisiert. Der EIC kann nunmehr als eine strategische Initiative zur Unterstützung bahnbrechender, marktschaffender Innovationen auf EU-Ebene in Synergie mit nationalen und regionalen Ebenen betrachtet werden. Er würde durch ein neues Instrumentarium umgesetzt werden, das auf den Instrumenten von Horizont 2020 aufbaut und das konkret auf Anreize für diese Art von Innovationen und die Unterstützung von Scale-up-Initiativen abzielt. Diese Instrumente dürften sich gegenüber den aktuellen Versionen als flexibler erweisen, etwa durch die Kombination von Zuschüssen und Darlehen. Die EIC-Stipendien und EIC-Preise würden auf mehr Sichtbarkeit abzielen, und der EIC-Vorstand würde der Kommission Ratschläge erteilen, um sicherzustellen, dass die Lücken ordnungsgemäß geschlossen werden. Nach dreijähriger Vorbereitung sollte der Kommissionsvorschlag für das RP9 die Antwort auf die Frage nach der Gestalt des EIC offenbaren.

### 3.2. Auftragsorientierte Forschung und Innovation

Mit der fünften Empfehlung der Lamy-Gruppe wird die Kommission aufgefordert, einen auftragsorientierten und an Wirkung ausgerichteten Ansatz zu verfolgen, um globalen Herausforderungen zu begegnen. Während die dritte Säule von Horizont 2020 auf Herausforderungen ausgerichtet war, sollte bei RP9 eine neue – auftragsorientierte – Herangehensweise eingeführt werden. Als innovativster Vorschlag der Lamy-Gruppe fand diese Empfehlung bei allen Interessenträgern große Beachtung. Um diese Aufträge und ihre Auswahl und Umsetzung zu definieren, hat die Kommission den Rat verschiedener Experten eingeholt.

#### 3.2.1. Expertenmeinungen zu auftragsorientierter Forschung und Innovation

Im Dezember 2017 veröffentlichte die Expertengruppe für wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen von Forschung (ESIR)<sup>34</sup> ein Memorandum über das Konzept einer auftragsorientierten Forschung und Innovation in der EU.<sup>35</sup> In der Zusammenfassung stellte die ESIR fest, dass das Konzept der auftragsorientierten Forschung von der Idee herrührt, dass das Produktivitätswachstum nicht nur eine Geschwindigkeit, sondern auch eine Richtung hat.<sup>36</sup> Wenn die Rolle der Politik in der Wirtschaft überdacht wird, kann die Regierung prägende Veränderungen herbeiführen, indem sie die Waagschale zugunsten der gewünschten Ziele neigt und eine Katalysatorrolle bei der Schaffung und Gestaltung von Märkten übernimmt. Während es sich bei Herausforderungen um weit gefasste Bereiche handelt, konzentrieren sich die Aufträge auf spezifische Probleme und zielen darauf ab, Investitionen und Innovationen sektor- und akteursübergreifend zu mobilisieren. Die größte Herausforderung bei der Verfolgung einer auftragsorientierten Herangehensweise besteht darin, einen Top-down-Ansatz für die Zielsetzung und Richtungsvorgabe mit einem Bottom-up-Ansatz zu kombinieren, der die Entwicklung eines offenen Portfolios von Tätigkeiten zur Erfüllung des Auftrags ermöglicht. Zu den Kernfragen bei Aufträgen gehört die Festlegung der Granularität, d. h. des Rahmens der Aufgabe; der zu erreichenden Ziele und Vorgaben; der Kriterien und

---

<sup>34</sup> Weitere Informationen sind auf der [Website](#) enthalten, auf der die Tätigkeiten von ESIR dargestellt werden.

<sup>35</sup> Europäische Kommission: [Towards a mission-oriented research and innovation policy in the European Union](#), ESIR, März 2018.

<sup>36</sup> Europäische Kommission: [Towards a mission-oriented research and innovation policy in the European Union - Executive summary](#), ESIR, März 2018.

des Verfahrens, anhand derer Aufträge ausgewählt werden; und der Modalitäten der Gestaltung und Umsetzung.

Dieses Gutachten wurde durch den Ausblick der Hochrangigen Expertengruppe für Forschung, Innovation und Wissenschaft (RISE)<sup>37</sup> auf eine auftragsorientierte Forschungs- und Innovationspolitik im Februar 2018 ergänzt.<sup>38</sup> RISE wies darauf hin, dass das Auftragskonzept mit der traditionellen Herangehensweise zur Bekämpfung von Marktstörungen bricht, da sein Konzept darauf beruht, Märkte zu schaffen. Während sich Herausforderungen auf das umfassendere Problem und das angestrebte Ziel oder den Nutzen beziehen, wird bei einem Auftrag ein spezifisches Paket von Maßnahmen und Aktivitäten dargelegt, die messbare Ergebnisse liefern und somit Fortschritte bei der Bewältigung der Herausforderung erzielen können. Die Festlegung der geeigneten Granularität ermöglicht die Umstellung von einer Herausforderung auf Makroebene zu einem durchführbaren Auftrag. Die Experten wiesen darauf hin, dass ein Auftrag nicht allein durch Forschungs- und Innovationstätigkeiten erfüllt werden kann, sondern auch ergänzende Maßnahmen (regulatorische, infrastrukturelle und Verhaltensänderungen) erfordert.

Für RISE beinhaltet ein Auftrag ein Ziel, das auf den zugrunde liegenden Werten beruht. Diese Aufträge konzentrieren sich auf den gesellschaftlichen Nutzen und werden anhand ihrer Sinnhaftigkeit bewertet. Die Erfüllung eines Auftrags erfordert das gemeinsame Vorgehen eines breiten Spektrums von Akteuren. Daher müssen Aufträge die Beteiligung aller gesellschaftlichen Ebenen fördern, und die Bürgerinnen und Bürger müssen aktiv in ihre Gestaltung und Umsetzung einbezogen werden. Während des Mitgestaltungsprozesses besteht die öffentliche Rolle darin, dem Auftrag Struktur zu verleihen: Der politische Entscheidungsträger skizziert den übergeordneten Auftrag und fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv weitere Einzelheiten beizutragen. Schließlich wies die Expertengruppe darauf hin, dass der Erfolg von Aufträgen von der Führung, der Teamarbeit und der Kreativität sowie der Exzellenz, der Laborinfrastruktur und Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen abhängen werde. Sie schlagen vor, dass jeder Auftrag unter der Leitung eines hochrangigen geschäftsführenden Direktors durchgeführt werden sollte, der als Vorkämpfer und treibende Kraft des Auftrags fungieren sollte. Abgesehen von der Führung würden diese Aufträge eine Verwaltung auf mehreren Ebenen und einen Rahmen für Rechenschaftspflicht und Evaluierung erfordern.<sup>39</sup>

### 3.2.2. Der Mazzucato-Bericht

Professorin Mazzucato hat auf Einladung von Kommissar Moedas einen Bericht mit strategischen Empfehlungen zum Thema auftragsorientierte Forschung und Innovation in der EU verfasst.<sup>40</sup> Dieser Bericht, der von der Kommission im Februar 2018 veröffentlicht wurde, baute auf den Empfehlungen der Expertengruppen und Konsultationen mit verschiedenen Interessenträgern auf.<sup>41</sup>

Die auftragsorientierte Politik wird in dem Bericht als systemische öffentliche Politik definiert, die auf die Pionierforschung zurückgreift, um bestimmte Ziele zu erreichen. Sie

---

<sup>37</sup> Weitere Informationen sind auf der [Website](#) enthalten, auf der die Tätigkeiten von RISE dargestellt werden.

<sup>38</sup> Europäische Kommission: [Mission-oriented research and innovation policy](#), RISE, Februar 2018.

<sup>39</sup> Der Experte schlägt vor, dass das EIT als Modell für die Verwaltung und die Wissens- und Innovationsgemeinschaften des EIT als Träger für die Durchführung von Aufträgen fungieren könnten.

<sup>40</sup> [Professorin Mariana Mazzucato](#) ist eine anerkannte Expertin für Innovationsökonomie.

<sup>41</sup> Europäische Kommission: [Mission-oriented research & innovation in the European Union](#), 2018.

gebe eine eindeutige Richtung vor und ermögliche gleichzeitig Bottom-up-Lösungen. Sie erfordere einen Geist der Offenheit und Kooperation und ermögliche die Abstimmung einer vielfältigen Palette von Talenten und Fachwissen, wobei die unterschiedlichen und vielfältigen Beiträge zu einem kreativeren, ehrgeizigeren und wirksameren Ergebnis kombiniert werden. Nicht zuletzt können sie dazu beitragen, Investitionen in Richtung einer zielgerichteten und lösungsorientierten Bewältigung von Herausforderungen zu lenken.

Forschungs- und Innovationsaufträge sollten gesellschaftlich relevant sein und darauf abzielen, das Wohlergehen der Gesellschaft zu verbessern. Diese Aufträge können verschiedene Formen und Größenordnungen annehmen. Sie sollen mit den neuen Arten komplexer Probleme, mit denen Gesellschaften konfrontiert sind, interagieren und die Tatsache anerkennen, dass Innovationen zufällig und nichtlinear und mit einem sehr hohen Risiko behaftet seien. Wie in den Expertenberichten erwähnt, weist Mazzucato darauf hin, dass Aufträge ein Zwischenschritt zwischen breit gefassten Herausforderungen und konkreten Projekten darstellen und nur durch ein Portfolio von Forschungs- und Innovationsprojekten und unterstützenden Maßnahmen erreicht werden können.<sup>42</sup> Ein Auftrag gebe nur eine Richtung vor und sollte die Entwicklung einer Reihe von Lösungen anregen. All diese Aspekte stellen eine besondere Anforderung an die Ausgestaltung der Aufträge und an die Flexibilität, die für ihre Umsetzung erforderlich ist. Um erfolgreich zu sein, erfordern Aufträge auch eine Kultur des Experimentierens und der Risikobereitschaft sowie neue Möglichkeiten der Wechselwirkung zwischen explorativer und angewandter Forschung.

Aus dieser Analyse leitet Mazzucato **fünf Kriterien für die Auswahl von Aufträgen** ab:

- **Kühn, inspirierend und von umfassender gesellschaftlicher Relevanz.** Die Einbeziehung der Öffentlichkeit ist von unerlässlicher Bedeutung, und jeder Auftrag muss für einen großen Teil der EU-Bevölkerung relevant sein. Sie müssen spannende Möglichkeiten bieten und gleichzeitig einen Zusammenhang zu den wesentlichen Herausforderungen herstellen.
- **Eine klare Richtung: zielgerichtet, messbar und zeitgebunden.** Aufträge müssen klar an ein konkretes, messbares Ziel und einen eindeutigen Zeitrahmen geknüpft sein.
- **Ehrgeizig, aber realistisch.** Risikobereitschaft erfordert ehrgeizige Aufträge, deren Ziele weder unrealistisch noch zu zaghaft sind.
- **Fachbereichs-, sektor- und akteursübergreifende Innovation.** Der Rahmen des Auftrags sollte neue Formen von Partnerschaften für die gemeinsame Festlegung und Mitgestaltung hervorbringen.
- **Mehrfache Bottom-up-Lösungen.** Aufträge müssen die Entwicklung verschiedener Wege ermöglichen, um die Ziele zu erreichen.

Neben der Auswahl von Aufträgen befasst sich der Bericht mit Fragen zur Umsetzung des Konzepts auf EU-Ebene. Für Mazzucato ist ein umfassenderes politisches Bekenntnis zur Abstimmung der politischen Ziele sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung, um Aufträge erfolgreich zum Abschluss zu bringen, und hierfür bedürfe es der Beteiligung verschiedener nationaler und regionaler Interessenträger. Darüber hinaus sei es erforderlich, die Fortschritte mit geeigneten Indikatoren, Überwachungsmechanismen und Zwischenzielen effektiv messen zu können.

---

<sup>42</sup> Diese ergänzenden Maßnahmen umfassen politische Interventionen, Entsendungsmaßnahmen und die Einbeziehung der Endnutzer.

Eine Portfolio-Herangehensweise beinhaltet darüber hinaus die Verwendung eines vielfältigen Instrumentariums; ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit; sowie die Möglichkeit, den Haushalt eines Auftrags aufzustocken oder ihn zu beenden. Die effiziente Verwaltung des Portfolios erfordere erhebliche interne Kapazitäten und Fachkenntnisse, was eine maßgebliche Weiterentwicklung der derzeitigen Verwaltung und Umsetzung des Rahmenprogramms bedeute. Abschließend konzentriert sich der Bericht auf die Bedeutung der Einbindung der Öffentlichkeit in die Aufträge, einschließlich der Beteiligung der Öffentlichkeit am Auswahlprozess und der Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Umsetzung.<sup>43</sup>

### 3.2.3. Kernfragen für die Durchführung von Aufträgen im Rahmen von RP9

Das Auftragskonzept kann dazu beitragen, einige der bei der Halbzeitbewertung von Horizont 2020 festgestellten Schwachstellen anzugehen, beispielsweise die stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die Straffung der Förderlandschaft. Die Experten betonen in ihren Stellungnahmen jedoch auch, dass die Umsetzung des Auftragskonzepts auf EU-Ebene Bedenken hinsichtlich der Notwendigkeit aufwirft,

- eine angemessene Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und Interessenträgern in die Festlegung der Aufträge und die Mitgestaltung der Lösungen zu erzielen;
- eine Verwaltung über mehrere Ebenen unter Beteiligung von Interessenträgern auf EU-Ebene, nationaler und regionaler Ebene zu gestalten;
- die derzeitigen Stellen, die mit der Durchführung des Rahmenprogramms betraut sind, an die Besonderheiten der für Aufträge erforderlichen Durchführungsprozesse anzupassen, beispielsweise in Bezug auf das Fachwissen zur Leitung des Auftrags und zur Verwaltung des Tätigkeitsportfolios oder die erforderliche Flexibilität bei der Nutzung der Instrumente;
- sicherzustellen, dass die zur Erreichung der Ziele eines Auftrags erforderlichen ergänzenden Maßnahmen genehmigt und umgesetzt werden.

Um die Kommission anzuhalten, das auftragsorientierte Konzept und die damit verbundenen Fragen zu erörtern, wurde sie um Rückmeldung zum Mazzucato-Bericht bis zum 3. April 2018 gebeten.

## 4. Standpunkte zu den zentralen Gesprächspunkten für RP9

In diesem Abschnitt werden die Standpunkte der EU-Institutionen, der Beratenden Ausschüsse der EU, der Mitgliedstaaten, der assoziierten Länder von Horizont 2020 und der wichtigsten europäischen Interessenträger zu zehn Schlüsselaspekten der Gestaltung des RP9 erörtert. Die folgenden Standpunkte werden berücksichtigt: die im Juni 2017 angenommene Entschließung des Europäischen Parlaments;<sup>44</sup> die im Dezember 2017 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union;<sup>45</sup> die im Oktober 2016 angenommene Stellungnahme und der im Januar 2017 angenommene

---

<sup>43</sup> Mazzucato schlägt darüber hinaus drei Beispielaufträge vor: „100 klimaneutrale Städte bis 2030“, „Ein plastikfreier Ozean“ und „Die Belastung durch Demenz verringern“ – und zeigt, wie diese Beispiele den festgelegten Kriterien entsprechen.

<sup>44</sup> Europäisches Parlament: Entschließung zur Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 im Hinblick auf seine Zwischenbewertung und den Vorschlag für das Neunte Rahmenprogramm, [P8\\_TA\(2017\)0253](#). 13. Juni 2017.

<sup>45</sup> Rat der Europäischen Union: Von der Zwischenbewertung von Horizont 2020 zum neunten Rahmenprogramm, [15320/17](#). 1. Dezember 2017.

Informationsbericht des Wirtschafts- und Sozialausschusses;<sup>46</sup> und die im Juli 2017 angenommene Stellungnahme des Ausschusses der Regionen.<sup>47</sup> Im März 2018 hatten 18 EU-Mitgliedstaaten und drei mit Horizont 2020 assoziierte Länder eine Stellungnahme zum künftigen Rahmenprogramm angenommen.<sup>48</sup> Auch wichtige europäische Interessenträger hatten Beiträge zur Vorbereitung von RP9 geliefert.<sup>49</sup>

#### 4.1. Haushalt für Forschung und Innovation im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Zwischen den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und den Interessenträgern besteht Einvernehmen, dass der Haushalt von RP9 höher sein sollte als der von Horizont 2020. Die nordischen Länder — Schweden, Finnland und Dänemark — forderten einen modernisierten EU-Haushalt, in dem der Anteil für Forschung und Innovation erhöht werden sollte, ein Aspekt, der auch von Belgien unterstützt wird. Portugal und Zypern befürworten einen erweiterten Haushalt. Kroatien weist darauf hin, dass eine Aufstockung des Haushalts zur Verbreitung von Exzellenz beitragen werde. Ungarn und Litauen fordern erhöhte Haushalte für Forschung und Innovation auf EU- und nationaler Ebene. Die Slowakei und Slowenien fordern beide einen Haushalt von mindestens 100 Mrd. EUR für RP9. Irland erwartet einen Haushalt, welcher der strategischen Bedeutung von RP9 entspricht. Deutschland und Frankreich sind zurückhaltender und vertreten die Auffassung, dass gemeinsam mehr getan werden müsse, um die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU in der Zukunft sicherzustellen, und dass die Kommission eine stärkere Einsatzbereitschaft für das Programm anregen sollte.

In ihren Standpunkten fordern die League of European Research Universities (LERU) mindestens 120 Mrd. EUR, die Conference of European Schools for Advanced Engineering Education and Research (CESAER) und die Guild of European Research-Intensive Universities (the Guild) 130 Mrd. EUR und das European Consortium of Innovative Universities (ECIU) 160 Mrd. EUR. Im März 2018 haben 13 Hochschulverbände, darunter die European University Association (EUA), LERU, die Guild, ECIU und die Young European Research Universities (YERUN) gemeinsam den letztgenannten Betrag in Höhe von 160 Mrd. EUR befürwortet.<sup>50</sup> All diese Vorschläge fallen in den im

---

<sup>46</sup> Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Stellungnahme zur „Halbzeitbewertung von Horizont 2020“, [ABl. C 34](#) vom 2.2.2017, S. 66-72. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Horizont 2020 (Bewertung), [INT/807-EESC-2016-5513](#), 2016.

<sup>47</sup> Ausschuss der Regionen: Die lokale und regionale Dimension von Horizont 2020 und das neue Rahmenprogramm, [CDR 854/2017](#), 12. Juli 2017.

<sup>48</sup> Es handelt sich um die folgenden 18 Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Kroatien, Litauen, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Schweden, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern. Die drei assoziierten Länder sind Island, Norwegen und die Schweiz. Die Standpunkte sind unter [ERA Portal Austria](#) zu finden.

<sup>49</sup> Bei den berücksichtigten EU-Interessenträgern handelt es sich um: [Science Europe](#), das nationale Forschungsräte und Forschungsorganisationen vertritt; die European University Association (Europäischer Universitätsverband) ([EUA](#)); die European Association of Research and Technology Organisations (Europäischer Verband der Forschungs- und Technologieorganisationen) ([EARTO](#)); die Conference of European Schools for Advanced Engineering Education and Research ([CESAER](#)); sowie vier Hochschulverbände: die Liga der europäischen Forschungsuniversitäten ([LERU](#)); die Guild of European Research-Intensive Universities (Verband der forschungsintensiven Universitäten Europas ([The Guild](#)); das European Consortium of Innovative Universities (Europäisches Konsortium innovativer Universitäten) ([ECIU](#)); und die Young European Research Universities (Junge europäische Forschungsuniversitäten ([YERUN](#))). Die Standpunkte sind unter [ERA Portal Austria](#) abrufbar.

<sup>50</sup> [Double investment in research, innovation, and education](#), 2018.

Lamy-Bericht vorgeschlagenen Bereich. Science Europe forderte, dass der Haushaltsplan des RP9 zweckbestimmt werden sollte, um Kürzungen nach seiner Verabschiedung zu vermeiden, eine Position, die auch von Portugal unterstützt wird. Nahezu alle Länder und Interessenträger betonen bei ihren Standpunkten, dass die Projekte im Rahmen des RP9 hauptsächlich durch Zuschüsse und nicht durch Darlehen finanziert werden sollten, ein Standpunkt, der auch vom Rat unterstützt wird.

Das Europäische Parlament hat einen Haushalt für das RP9 in Höhe von 120 Mrd. EUR gefordert. Dieser Standpunkt wird vom Ausschuss der Regionen unterstützt, der die Auffassung vertritt, dass Forschung und Innovation in der Debatte über die Zukunft Europas absoluter Vorrang eingeräumt werden sollte. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss betont, dass die EU-Förderung die nationalen Maßnahmen nicht ersetzen solle und dass Wege gefunden werden müssen, um angemessene Erfolgsquoten zu erzielen. Der Rat betont, dass Forschung und Innovation in allen einschlägigen Strategien und Programmen der EU Vorrang eingeräumt werden müsse, einschließlich beträchtlicher Mittel für das RP9.<sup>51</sup>

Im Januar 2018 erklärte sich das Kollegium der Kommissionsmitglieder bereit, Ausgabenkürzungen für das RP9 zu vermeiden und nach Wegen zu suchen, wie der Haushalt aufgestockt werden könnte.<sup>52</sup> Im März 2018 bestätigte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in einer Rede vor dem Europäischen Parlament, dass die Kommission erwäge, die Höhe des künftigen Haushalts des RP9 in der im Lamy-Bericht genannten Höhe von 120 bis 160 Mrd. EUR anzusetzen.<sup>53</sup>

## 4.2. Exzellenz und Kohäsion: die kollidierenden Dimensionen

### 4.2.1. Exzellenz als Schlüsselprinzip und Schlüsselkriterium

Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten, assoziierten Länder und Interessenträger ist sich darin einig, dass Exzellenz das Schlüsselprinzip des Rahmenprogramms und das Schlüsselkriterium für die Bewertung von Vorschlägen bleiben sollte. Neben Exzellenz betonen Zypern, die Tschechische Republik, Frankreich und Polen auch die Bedeutung der transnationalen und sektorübergreifenden Zusammenarbeit und des effektiven und offenen Beteiligungsmodells des RP. Die European Association of Research and Technology Organisations (EARTO) ist der Ansicht, dass der Schwerpunkt des RP9 auf Exzellenz und der Zusammenarbeit einer Vielzahl von Akteuren liegen sollte. Belgien weist darauf hin, dass Exzellenz nicht allein auf wissenschaftliche Exzellenz beschränkt werden könne.

Das Europäische Parlament bestätigt, dass Exzellenz nach wie vor das wichtigste Bewertungskriterium für das gesamte RP sein sollte. Der Rat betont, dass Zusammenarbeit, Exzellenz, Wirkung und Offenheit die Grundprinzipien des RP9 seien, und weist darauf hin, dass Exzellenz das wichtigste Bewertungskriterium darstelle.

Die Anwendung des Grundsatzes der Exzellenz, eine Voraussetzung für die Gewährleistung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU, hat in einigen Ländern und Regionen zu

---

<sup>51</sup> Im Juli 2017 wurde in einer Erklärung des estnischen Ratsvorsitzes — [Tallinn Call for action 2017](#) — festgestellt, dass Forschung und Investitionen als klare Priorität auch im Haushaltsplan bekräftigt werden müssen.

<sup>52</sup> Science Business: [Commissioners unanimously agree to protect research from cuts in 2021 – 27 budget](#), 10. Januar 2018.

<sup>53</sup> Juncker, Jean-Claude: [Discours du Président Jean-Claude Juncker à la séance plénière du Parlement européen](#), 14. März 2018.



einer Konzentration der Mittel geführt, wobei die neuen Mitgliedstaaten (EU-13) weniger als 5 % der Mittel aus dem Programm Horizont 2020 erhalten.<sup>54</sup> Aus der aktuellen Ausgabe des europäischen Innovationsanzeigers geht hervor, dass sich die interne Innovationskluft in der EU zwischen führenden und moderaten Innovatoren verbreitert.<sup>55</sup>

#### 4.2.2. Kohäsion zur Förderung von Exzellenz und umgekehrt

Für Polen, Portugal, Kroatien und die Slowakei ist eine stärkere Kohäsion eine Voraussetzung für einen integrativen und geeinigten Europäischen Forschungsraum (EFR).<sup>56</sup> Polen weist zudem darauf hin, dass die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas nur sichergestellt werden könne, wenn die Exzellenz und das volle Kapital aller europäischen Länder voll und ganz ausgeschöpft werden. Italien betont, dass das volle Potenzial aller Mitgliedstaaten und all ihrer Regionen ausgeschöpft werden müsse. Litauen befürwortet eine integrative Exzellenz auf Ebene der Mitgliedstaaten, um eine uneinheitliche Entwicklung der Forschungsexzellenz und den möglichen Verlust innovativen Potenzials in der EU zu vermeiden. Kroatien regt an, dass Gleichberechtigung ein Leitprinzip für die wirksame Nutzung von Exzellenz als wesentlicher Triebfeder des RP sein sollte. Die Guild vertritt die Ansicht, dass die Schließung der Kluft unerlässlich sei, um die Qualität und Nachhaltigkeit der Wissenschaft in der EU zu wahren.

Um diesem Bedarf Rechnung zu tragen, umfasste Horizont 2020 das konkrete Ziel der „Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung“ mit Instrumenten zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus in Forschung und Innovation in Regionen und Ländern mit einem geringeren Leistungsniveau. Ein Teil der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) wurde außerdem für die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus durch Synergien mit Horizont 2020 zweckgebunden. Irland betont, dass das RP9 den Aufbau von Kapazitäten für Exzellenz in der EU fördern sollte. Litauen und das Vereinigte Königreich weisen jedoch darauf hin, dass sich das Thema Kohäsion nicht nur auf den Aufbau von Kapazitäten, sondern auch auf die Nutzung oder Erweiterung bereits vorhandener Exzellenzinseln in der gesamten EU beziehe. Schweden stellt fest, dass die Beteiligung zwar durch spezifische Unterstützungsmaßnahmen erleichtert werden sollte, sie aber auch auf nationale Maßnahmen angewiesen sei – ein Standpunkt, der von LERU und Science Europe geteilt wird.

Der Ausschuss der Regionen ist der Ansicht, dass das RP in allen Städten und Regionen der Union genutzt werden müsse. Er fordert neue gemeinsame Anstrengungen, die auf wissenschaftliche Exzellenz und die Innovationsfähigkeit in ganz Europa ausgerichtet sind.<sup>57</sup> Der Ausschuss der Regionen spricht sich jedoch dagegen aus, einen Teil der Förderung der Kohäsionspolitik auf Maßnahmen im Rahmen des RP zu übertragen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wies darauf hin, dass die Konvergenz

---

<sup>54</sup> Siehe die [Daten der Kommission](#) zu den ersten drei Jahren von Horizont 2020 (S. 28).

<sup>55</sup> Europäische Kommission: [European Innovation Scoreboard](#) (Europäischer Innovationsanzeiger), 2017.

<sup>56</sup> Reillon, Vincent: [Der Europäische Forschungsraum](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, März 2016.

<sup>57</sup> Zur Verstärkung der Synergien schlug der Ausschuss der Regionen vor, dass die Union, die Mitgliedstaaten, die Regionen und die Städte gemeinsam fünf operative Grundsätze verfolgen: Grundsatz der Kohärenz, mit geteilter Verwaltung; Grundsatz der Vereinbarkeit durch Bündelung und Straffung der Ressourcen auf einfache und wirkungsvolle Weise, insbesondere durch die Behandlung der Frage staatlicher Beihilfen; Grundsatz der Komplementarität durch eine klare Aufgabenteilung; Grundsatz der Mitgestaltung durch eine gemeinsame Konzeption und Lenkung; und einen Grundsatz der Ökosysteme unter Anerkennung der Rolle kollektiver Initiativen auf lokaler Ebene.

zwischen den Mitgliedstaaten nicht gefördert werde, wenn „Exzellenz“ als der einzige Parameter für die Finanzierung von Forschung und Innovation definiert wird. Er schlug vor, dass bei der Bewertung der Vorschläge die Exzellenz sowohl auf der Ebene der EU als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollte.

#### *4.2.3. Die Forderung nach wirksamen Synergien zwischen RP9 und den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds*

Italien und die Slowakei weisen darauf hin, dass die Synergien zwischen Horizont 2020 und den Strukturfonds aufgrund der geringen Kompatibilität in den Programmen unzureichend seien und in der Praxis nicht funktionieren. Fast alle Mitgliedstaaten und Interessenträger fordern daher für den nächsten Finanzierungszeitraum eine bessere Komplementarität zwischen dem RP9 und den ESI-Fonds, um wirksame Synergien zu schaffen. Dies bedeutet, dass die Regeln und Vorschriften der beiden Programme miteinander vereinbar sein müssen, und schließt eine Änderung der derzeit geltenden Vorschriften für staatliche Beihilfen ein. CESAER, EUA, LERU und die Guild sprechen sich dafür aus, einen größeren Anteil der ESI-Fonds für den Aufbau von Kapazitäten in Forschung und Innovation zu verwenden, wobei ein Teil davon fest zur Förderung des „Exzellenzsiegels“ und der Synergien mit dem RP9 vorgesehen sein soll.

Das Europäische Parlament bestärkte die Kommission darin, die Synergien zwischen dem Neunten Rahmenprogramm und anderen zweckbestimmten europäischen Fonds für Forschung und Innovation zu verstärken und auf europäischer wie auf nationaler Ebene harmonisierte Instrumente und aneinander angepasste Vorschriften für diese Fonds zu schaffen. Darüber hinaus fordert es eine engere Verknüpfung zwischen länderspezifischen Empfehlungen für Strukturreformen und Investitionen in Forschung und Innovation. Der Rat stellt fest, dass die Kohärenz mit anderen Finanzierungsprogrammen der EU durch unterschiedliche nicht komplementäre Interventionslogiken und die Komplexität der verschiedenen Finanzierungen und anderen Regelungen wie beispielsweise Vorschriften für staatliche Beihilfen behindert werde und dieses Problem angemessen angegangen werden sollte.

#### *4.2.4. Stärkung des Programms „Verbreitung von Exzellenz“*

Das Programm „Verbreitung von Exzellenz“ wird von den meisten Mitgliedstaaten und Interessenträgern in dem Sinne unterstützt, dass es, so die Tschechische Republik, die europäischen Länder in Bezug auf ihre Forschungs- und Innovationsleistung näher zusammenbringe. Die Slowakei, Slowenien, Italien, Ungarn und Zypern schlagen eine Aufstockung des Haushalts für dieses spezifische Ziel vor, ein Standpunkt, der von EUA und der Guild unterstützt wird, wobei letztere 2,5 % der Haushaltsmittel von RP9 für das Programm fordert.<sup>58</sup> Während Kroatien und Ungarn der Auffassung sind, dass die Verbreitung von Exzellenz eine Querschnittspriorität während des gesamten Programms sein sollte, ist das Vereinigte Königreich der Ansicht, dass der Aufbau von Kapazitäten vom Rest des RP getrennt werden sollte. Im Hinblick auf die Umsetzung schlägt Frankreich vor, im Programm zur Ausweitung der Beteiligung einen regionalen Ansatz zu verfolgen und ein Programm zur Ausweitung der Beteiligung in die Säule „Exzellenz“ aufzunehmen, die von den ESI-Fonds gefördert wird.

Der Rat stellt in seinen Schlussfolgerungen fest, dass die Unterschiede bei der Beteiligung und bei den Innovationen weiter angegangen werden müssen und Maßnahmen in Bezug auf die Verbreitung von Exzellenz fortgesetzt und gestärkt werden sollten.

---

<sup>58</sup> Der derzeitige [Haushalt](#) des Einzelziels „Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung“ beläuft sich auf 1,1 % des Haushalts von Horizont 2020.



#### 4.2.5. Weitere Konzepte zur Förderung von Kohäsion und Verbreitung von Exzellenz

In Bezug auf die von Polen, Portugal und der Slowakei erwähnte Problematik einer EU-internen Abwanderung von Fachkräften schlägt Polen vor, gezielte Mobilitätsprogramme einzurichten. Die Tschechische Republik schlägt vor, die Mindestanzahl von Partnern in einem Konsortium zu erhöhen, eine Idee, die von Kroatien unterstützt wird, und Boni für Konsortien mit einer bestimmten Anzahl von unterrepräsentierten Mitgliedstaaten einzuführen. Kroatien schlägt vor, dass bei der Entwicklung neuer Instrumente eine ausgewogene Vertretung vorgesehen werden sollte. Die Slowakei und Ungarn regen an, die makroregionale Strategie der EU im RP zu berücksichtigen. Das Vereinigte Königreich, Polen, Ungarn, die Slowakei und Litauen fordern eine Überprüfung der Vorschriften für die Gehälter von Forscherinnen und Forschern. Die Guild schließlich empfiehlt, innovative Wege zu finden, um ERC-Finanzhilfen für Teilnehmer aus leistungsschwächeren Regionen zu finanzieren.

Die Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen (STOA) des Europäischen Parlaments veröffentlichte im März 2018 die Ergebnisse einer Expertenstudie zur Überwindung der Innovationskluft in der EU.<sup>59</sup> Die Experten sind der Ansicht, dass Maßnahmen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene erforderlich seien, um die geringe Beteiligung der EU13-Staaten am RP anzugehen. Sie schlagen fünf politische Optionen vor, die zur Bewältigung dieses Problems gefördert werden könnten: Bildung und Erschließung von Exzellenzinseln; Verbesserung der Verwaltung der nationalen Forschungs- und Innovationssysteme; Verbesserung der Nutzung und Erschließung von Forschungs- und Innovationsprojekten im Rahmen des RP; Stärkung der Rolle und Nutzung nationaler Kontaktstellen; und Ausdehnung des Programms zur Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung mit einem aufgestockten Haushalt.

### 4.3. EU-Mehrwert und Zusammenarbeit: Schlüsselmerkmale des RP

#### 4.3.1. EU-Mehrwert des RP

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der von den Mitgliedstaaten, assoziierten Ländern und Interessenträgern betont wird, ist die Rolle des RP bei der Schaffung eines EU-Mehrwerts, der laut der Definition Irlands einen Wert darstellt, der über das von den einzelnen Mitgliedstaaten allein erreichbare Maß hinausgeht. Ob bei der Festlegung der Themen und Herausforderungen oder der Art des zu verwendenden Instruments – das RP sollte einen echten Mehrwert für die EU generieren. Nach Auffassung der Tschechischen Republik sollte sich das RP9 auf Themen, die einen erheblichen europaweiten Mehrwert schaffen, und Herausforderungen, die allen Ländern und Bürgerinnen und Bürgern in Europa gemein sind, konzentrieren.

Häufig wird ein Zusammenhang zwischen EU-Mehrwert und grenzüberschreitender Zusammenarbeit hergestellt. Für die Slowakei muss der EU-Mehrwert ein Schlüsselprinzip des RP9 sein und betreffe vor allem die Verbundforschung, die Mobilität von Forscherinnen und Forschern und die Forschungsinfrastrukturen. Belgien weist darauf hin, dass der EU-Mehrwert aus der Zusammenarbeit resultiert, während Irland und EARTO der Auffassung sind, dass Verbundprojekte das größte Potenzial für einen EU-Mehrwert bergen. Finnland fordert, dass der Schwerpunkt des RP auf dem europäischen Mehrwert und der multilateralen Zusammenarbeit liegt. Für die Slowakei stellt der Schwerpunkt auf der Verbundforschung als Form der Zusammenarbeit einen wirklich

---

<sup>59</sup> Europäisches Parlament: [Overcoming innovation gaps in the EU-13 Member States](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, März 2018. Es liegt auch ein kurzes [Briefing](#) zu den Ergebnissen der Studie vor (März 2018).

unverzichtbaren europäischen Mehrwert dar. Zypern merkt an, dass ausgezeichnete Kooperationsprojekte mit einem offensichtlichen europäischen Mehrwert und sozioökonomischen Auswirkungen gefördert werden sollten.

Der Ausschuss der Regionen hebt hervor, dass der EU-Mehrwert des RP in erster Linie auf seiner kollektiven und kooperativen Dimension beruhe. Der Rat betont, dass der EU-Mehrwert die wichtigste Triebfeder für die Gestaltung und Umsetzung des nächsten Rahmenprogramms sein müsse.

#### *4.3.2. Forderung nach Verbundinstrumenten*

Damit wird die Bedeutung von Verbundprojekten im Rahmen des RP in den Mittelpunkt gestellt, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Anteil des RP-Haushalts für Verbundprojekte aufgrund der Zunahme von Instrumenten für einzelne Begünstigte zurückgegangen ist.<sup>60</sup> Deutschland betont, dass der Schwerpunkt weiterhin auf der grenzüberschreitenden und transdisziplinären Kooperation liegen sollte; Frankreich weist darauf hin, dass Projekte für einzelne Begünstigte nicht das Ziel des RP sind; und Slowenien bemerkt, dass Instrumente für einzelne Begünstigte begrenzt werden sollten; Schweden weist darauf hin, dass die RP-Projekte in erster Linie auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit abzielen sollten – ein Standpunkt, der von Dänemark geteilt wird –, und fordert mehr Bottom-up-Verbundprojekte in der Grundlagenforschung, ein Standpunkt, dem sich Litauen und Norwegen anschließen; Finnland ist der Auffassung, dass die multilaterale Zusammenarbeit ein Schlüsselement des RP9 bleiben sollte, während Irland darauf hinweist, dass Verbundprojekte weiterhin das Fundament bilden sollten; Ungarn spricht sich nachdrücklich dafür aus, den Schwerpunkt auf Verbundprojekte zu legen; Italien weist schließlich darauf hin, dass transnationale Forschung entscheidend zur Verwirklichung eines voll funktionsfähigen EFR beitrage. EUA tritt für mehr Mittel für Verbundforschungsprojekte und Pionierforschung ein, während die Guild eine Aufstockung des Haushalts für die Verbundforschung fordert.

Das Europäische Parlament stellte fest, dass die Verbundforschung gestärkt werden müsse. Der Rat weist darauf hin, dass das RP auf EU-Ebene das wichtigste Instrument zur Förderung einer wettbewerbsfähigen länderübergreifenden und interdisziplinären Forschungs- und Innovationskooperation und damit zur Unterstützung der Ziele und Umsetzung des EFR sei. Er erwartet, dass die derzeitige Ausgewogenheit zwischen Verbundprojekten und Tätigkeiten mit nur einem Begünstigten im Neunten Rahmenprogramm erhalten bleibt.

### **4.4. Straffung und Vereinfachung: RP9 benutzerfreundlich gestalten**

Es besteht weitgehend Einvernehmen darüber, dass die EU-Förderlandschaft für Forschung und Innovation gestrafft werden sollte und die Verfahren für die Umsetzung des Rahmenprogramms vereinfacht werden müssen.

#### *4.4.1. Straffung: Senkung der Anzahl von Instrumenten und Partnerschaften*

Im Hinblick auf die Förderlandschaft weist Deutschland darauf hin, dass das Instrumentenportfolio aus Horizont 2020 grundsätzlich überprüft und konsolidiert werden müsse, um eine angemessene Anzahl klar voneinander abgrenzbarer und einander ergänzender Instrumente und Fördermechanismen zu erhalten. Die Tschechische Republik fordert eine vereinfachte Struktur und einheitliche Regeln. Kroatien weist darauf hin, dass die

---

<sup>60</sup> Der Anteil des RP-Haushalts für Instrumente für einzelne Begünstigte betrug 6 % bei RP5, 10 % bei RP6, 26 % bei RP7 und 34 % bei Horizont 2020. Weitere Informationen siehe Reillon, Vincent: [Entwicklung des Rahmenprogramms](#), September 2017.

Anzahl der Stellen und Konfigurationen für die Verwaltung des RP gesenkt werden müsse. Ungarn, Litauen und Slowenien sprechen sich dafür aus, neue Initiativen einzuschränken, ein Standpunkt, der auch von Science Europe unterstützt wird. Ein großer Teil der geäußerten Erwartungen bezieht sich auf die Straffung der Anzahl, Regeln und Verfahren für öffentlich-öffentliche und öffentlich-private Partnerschaften.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat gefordert, die Zahl der Instrumente zu verringern, die Darlehensfinanzierung zu begrenzen und die Verfahren weiter zu vereinfachen. Das Europäische Parlament weist darauf hin, dass die Verwaltung und Umsetzung des RP über 20 verschiedene EU-Einrichtungen verteilt ist, und fordert daher eine Straffung des Programms. Auch der Rat räumt die Komplexität der EU-Förderlandschaft auf dem Gebiet Forschung und Innovation ein und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam Überlegungen anzustellen, wie die Forschungs- und Innovationspartnerschaftslandschaft der EU rationalisiert werden kann.

#### *4.4.2. Vereinfachung: Verringerung des Verwaltungsaufwands*

In Bezug auf die Vereinfachung fordert Schweden ein besseres Gleichgewicht zwischen Vertrauen und Kontrolle; Portugal spricht sich für eine Vereinfachung der Antragsverfahren und der Vertragsverwaltung aus; und Zypern ruft zu mehr Transparenz und Vertrauen auf. Dänemark weckt mit der Forderung, dass Instrumente schlank, einfach, benutzerfreundlich und flexibel sein sollten und dass das Programm leicht zu verstehen, anzuwenden und zu verwalten sein sollte, Erwartungen. Die Slowakei stellt fest, dass die Vereinfachung ein fortwährender Lernprozess sei.

Das Europäische Parlament fordert die Kommission darüber hinaus auf, weiterhin daran zu arbeiten, das Programm kohärenter, einfacher, transparenter und klarer zu gestalten, den Bewertungsprozess zu verbessern, Fragmentierung und Doppelung zu verringern und unnötige Verwaltungslasten zu verhindern.

#### *4.4.3. Ideen für eine Vereinfachung*

Die Slowakei, Belgien, Polen und Litauen sind sich darin einig, den Bottom-up-Ansatz zu verstärken. Ungarn und Belgien sprechen sich dafür aus, dass bei der Berichterstattung lokale Rechnungslegungsverfahren angewendet werden, was von der EUA unterstützt wird. Dänemark, Polen, Ungarn und Zypern befürworten eine umfassendere Verwendung von Pauschalfinanzierungen, eine Position, die vom Europäischen Parlament unterstützt wird, während Deutschland sich dagegen ausgesprochen hat. Bei den meisten Interessenträgern herrscht Einigkeit, dass der Bewertungsprozess verbessert werden sollte, was auch die Bereitstellung klarerer Rückmeldungen für die Antragsteller mit einschließt. Die Slowakei und Slowenien betonen, dass ein angemessenes Gleichgewicht zwischen kleinen und großen Projekten hergestellt werden muss. Das Vereinigte Königreich und Dänemark sind sich darin einig, dass im Zuge der Umsetzung des RP Maßnahmen zur Einstellung oder Anpassung von Instrumenten erforderlich sind. Belgien möchte die Zeiterfassungsbögen abschaffen, und Dänemark ist der Ansicht, dass das Teilnehmerportal alle Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen enthalten sollte, einschließlich derjenigen, die mit Partnerschaften verknüpft sind.

Das ECIU schlägt persönliche Präsentationen für die endgültige Auswahl von Vorschlägen vor, um Förderregelungen mit ähnlicher Interventionslogik zu kombinieren und eine heterogene Auslegung der Bedingungen der Finanzhilfvereinbarung durch Mitarbeiter verschiedener Durchführungsorganisationen zu vermeiden. YERUN fordert eine Überarbeitung des Einreichungs- und Bewertungsverfahrens, um es sowohl für die Bewerber als auch für die Antragsteller weniger mühsam zu gestalten.

Im März 2018 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof ein Themenpapier zur Vereinfachung der Umsetzung des RP.<sup>61</sup> Der Hof räumt ein, dass eine Vereinfachung schwierig umzusetzen sei, macht jedoch gleichzeitig Vorschläge wie die Nutzung von Pauschalbeträgen und Preisgeldern, die Akzeptanz der Rechnungslegungsverfahren der Begünstigten und die direkte Anerkennung guter RP-Projektvorschläge für die Finanzierung im Rahmen anderer Programme. Darüber hinaus fordert der Hof einen angemessenen Zeitrahmen von der Annahme bis zur Umsetzung von Rechtsakten, damit Antragsteller genügend Zeit haben, sich auf den neuen Rechtsrahmen einzustellen.

## **4.5. Verwaltung und Durchführung: die Aufgaben der Mitgliedstaaten**

### *4.5.1. Bessere Koordination zwischen der EU und den Mitgliedstaaten*

Ein großer Teil der Mitgliedstaaten und assoziierten Länder wie Portugal, Frankreich, Deutschland, Dänemark, das Vereinigte Königreich, Norwegen und die Schweiz betonen, dass das Rahmenprogramm die nationalen Maßnahmen und Förderregelungen ergänzen, berücksichtigen und vervollständigen müsse. In diesem Zusammenhang stellen Schweden, Belgien und Kroatien fest, dass zwischen der EU-Ebene, der nationalen Ebene und der regionalen Ebene Synergien und politische Abstimmung erforderlich seien. Die Slowakei fügt hinzu, dass das Rahmenprogramm nur dann ein echtes europäisches Programm sei, wenn die Mitgliedstaaten davon absehen, einseitige nationale Prioritäten zu verfolgen, und stattdessen eine gemeinsame europäische Dimension und gemeinsame europäische Werte unterstützen. Norwegen geht davon aus, dass das RP9 auf der Grundlage des EU-Mehrwerts einen besseren Rahmen für Synergien und Arbeitsteilung mit der nationalen Ebene entwickeln wird. Diese Standpunkte stellen die Aufgaben der Mitgliedstaaten und der assoziierten Länder bei der Verwaltung und Umsetzung des RP infrage.

### *4.5.2. Verwaltung: Verknüpfung der Ebenen*

Die Mitgliedstaaten sind sich darin einig, dass sie eine Schlüsselrolle bei der Festlegung der Prioritäten für das Rahmenprogramm spielen müssen. Dänemark vertritt die Auffassung, dass im Rahmen des RP eine gemeinsame strategische Agenda für europäische Investitionen in Forschung und Innovation festgelegt werden sollte, da die Angleichung nationaler und europäischer Strategien, Instrumente und Programme von entscheidender Bedeutung sei, um die Wirkung von Investitionen auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zu maximieren. Deutschland tritt für die konsequente Einbindung der Mitgliedstaaten in die Festlegung der strategischen Ausrichtung und des Konzepts des RP9 ein und stimmt mit Frankreich darin überein, dass die gesellschaftlichen Bedürfnisse und wesentlichen Herausforderungen gemeinsam ermittelt werden müssen.

Slowenien ist der Auffassung, dass bei der Gestaltung des nächsten Rahmenprogramms die Mehrebenenverwaltung des europäischen Innovationsökosystems berücksichtigt werden sollte und dass die Verwaltungszusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten gestärkt werden sollte. Polen fordert, dass das Programm in enger und direkter Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten gelenkt wird, damit die Konsultationen mit den Mitgliedstaaten verstärkt werden. Portugal ist der Auffassung, dass eine wirksame Koordinierung zwischen der Kommission und den nationalen Forschungsagenturen und -räten gewährleistet sein sollte. Nach Ansicht Kroatiens sollte das RP9 einer schlüssigeren Vorgehensweise zwischen nationaler und EU-Politik folgen.

---

<sup>61</sup> Europäischer Rechnungshof: [Ein Beitrag zur Vereinfachung des auf Horizont 2020 folgenden EU-Forschungsprogramms](#), März 2018.

Frankreich weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten stärker in die Verwaltung der Partnerschaften einbezogen werden müssen.

Nach der Meinung Norwegens und der Schweiz sollte der EU-Mehrwert in allen Phasen der Konzeption und Durchführung des Programms eine Orientierungshilfe für Entscheidungen und Prioritäten darstellen. In diesem Sinne schlägt Frankreich vor, einen Verwaltungsmechanismus zu schaffen, der eine Ermittlung des EU-Mehrwerts nach Sektoren ermöglicht, um die Auswahl von Prioritäten zu erleichtern. Slowenien schlägt die gemeinsame Entwicklung eines umfassenden Rahmens für die Folgenabschätzung vor, um die Festlegung von Zielen für das RP zu erleichtern.

Der Rat betont, welche Bedeutung dem Dialog zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung und der engen Zusammenarbeit in Bezug auf die Verwaltung und die Durchführung des neunten Rahmenprogramms zukommt, unter anderem damit sichergestellt ist, dass nationale Maßnahmen und Unionsmaßnahmen so abgestimmt werden, dass sie kohärent sind.

#### *4.5.3. Umsetzung: Ausarbeitung von Arbeitsprogrammen*

Die Mitgliedstaaten sind sich ebenfalls einig, dass sie stärker in die Umsetzung des RP9 einbezogen werden sollten, insbesondere in Bezug auf die Vorbereitung der Arbeitsprogramme. Portugal möchte sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder eine wichtigere Rolle bei der Festlegung von Arbeitsprogrammen und -prioritäten spielen. Deutschland ist der Auffassung, dass die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, sich aktiv an der Programmdurchführung zu beteiligen, verbessert werden müssen und dass die Rechte der Mitgliedstaaten in den Programmausschüssen daher zu stärken seien.

Frankreich vertritt die Meinung, dass die Komitologie bestenfalls dazu genutzt werden dürfe, einen erneuerten und respektvollen Dialog für eine echte Mitgestaltung der EU-Programmstrategie zu etablieren.<sup>62</sup> Slowenien ist ebenfalls der Ansicht, dass das Komitologieverfahren verbessert werden sollte und fordert, dass die Programmausschüsse stärker in strategische Diskussionen einbezogen werden. Kroatien spricht sich dafür aus, dass die Arbeitsprogramme den Interessen und Bedürfnissen der Mitgliedstaaten stärker Rechnung tragen. Die Slowakei ist der Auffassung, dass die Themen für die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen einer umfassenderen Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der wissenschaftlichen Gemeinschaft ausgearbeitet werden sollten. Belgien erwartet, dass die Verfahren zur Vorbereitung der Arbeitsprogramme transparenter werden. Norwegen geht seinerseits davon aus, dass die Entwicklung der Arbeitsprogramme im Rahmen eines flexibleren Rahmenprogramms eine größere Rolle spielen könnte. CESAER dagegen schlägt vor, die Arbeitsprogramme vollständig aufzugeben und alle Themen von den Teilnehmern von Grund auf bestimmen zu lassen.

Der Rat fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen der Umsetzung des RP9 sehr früh gemeinsam einen strategischen Programmplanungsprozess zu entwickeln, indem sie ihre Prioritäten und die optimalen Instrumente zur Erreichung der festgelegten Ziele festlegen. Er bekräftigt ferner die strategische Bedeutung des Programmausschusses und seiner Zusammensetzungen und betont, wie wichtig es ist,

---

<sup>62</sup> Weitere Informationen zu der Vorbereitung und Annahme der Arbeitsprogramme durch die Programmausschüsse, das sogenannte Komitologieverfahren, siehe Reillon, Vincent: [EU framework programme process](#), Januar 2018.



den Programmausschuss in allen Phasen der Konzeption, Vorbereitung und Durchführung des Arbeitsprogramms vollständig und rechtzeitig einzubeziehen.

#### *4.5.4. Mehr Flexibilität bei der Durchführung des Rahmenprogramms*

In Verbindung mit der Straffung der Instrumente und der Vereinfachung der Verfahren fordern die Mitgliedstaaten und die Interessenträger mehr Flexibilität beim Rahmenprogramm. Für Litauen, die Slowakei, Zypern, das Vereinigte Königreich, Island und die Schweiz ist diese Flexibilität erforderlich, um sich im Laufe des RP9 den neuen Herausforderungen und neuen Prioritäten problemlos anpassen zu können. Sie schließt die von Schweden und Ungarn geforderte Möglichkeit für Antragsteller ein, ihr Instrument zu wählen, oder die von Belgien vorgeschlagene Möglichkeit, verschiedene Förderregelungen zu kombinieren. Norwegen betont, dass das RP9 ein flexibles und lernendes Programm mit größeren Anpassungsmöglichkeiten in der Durchführungsphase sein müsse. Das Europäische Parlament fordert außerdem ein ausgewogenes und flexibles Instrumentarium, das dem dynamischen Charakter der entstehenden Probleme entspricht.

### **4.6. Innovationen: Europäischer Innovationsrat und Aufträge**

#### *4.6.1. Europäischer Innovationsrat: Unterstützung, aber unterschiedliche Ansichten*

Die Idee der Einrichtung eines Europäischen Innovationsrats ist bei den Mitgliedstaaten und Interessenträgern auf großes Interesse gestoßen. Ihre Ansichten zu den Aufgaben und Zielen des EIC gehen jedoch auseinander. So sind Dänemark, Schweden, Finnland und das Vereinigte Königreich der Ansicht, dass der EIC sich auf hochriskante, bahnbrechende und marktschaffende Innovationen konzentrieren sollte. Belgien und Portugal sprechen sich dafür aus, dass auch inkrementelle Innovationen unterstützt werden sollten, während sich Ungarn und Zypern einig sind, dass der EIC sich mit allen Arten von Innovationen befassen sollte. Irland zufolge sollte der EIC dazu beitragen, Initiativen auszubauen und kleine, hochriskante Projekte zu unterstützen.

Deutschland ist der Auffassung, dass der EIC als Dach für ein konsolidiertes Portfolio für die europäischen Innovationsförderinstrumente dienen könnte, spricht sich aber weiterhin gegen die Unterstützung einzelner KMU auf EU-Ebene aus. Schweden spricht sich dafür aus, dass der EIC Verbundtätigkeiten wie auch Einzelpersonen unterstützt. Kroatien spricht sich gegen neue Instrumente aus und warnt vor Überschneidungen mit bestehenden Instrumenten. Zypern und Dänemark fordern Synergien mit dem Europäischen Institut für Innovation und Technologie (EIT), eine Position, die von EUA und der Guild unterstützt wird.

Für Irland, die Schweiz und das Vereinigte Königreich muss der EIC einen EU-Mehrwert für die nationalen Systeme bieten; daher müsse die Ausrichtung und Schnittstelle des EIC mit nationalen Innovationsförderungen sorgfältig geprüft werden. Polen schließt sich dieser Auffassung an und fordert, dass der EIC so konzipiert wird, dass er die Innovationsmaßnahmen in Europa fördert und strukturiert. Zypern ist der Ansicht, dass der EIC in die Schaffung und Stärkung von Netzwerken investieren sollte, während die LERU geltend macht, dass die Hauptaufgabe des EIC darin bestehen sollte, die Kommission in Bezug auf Innovationspolitik und -instrumente zu beraten.

Frankreich schließlich fordert auf Vorschlag von Präsident Emmanuel Macron die Schaffung einer eigenen Agentur für bahnbrechende Innovationen und ist der Ansicht, dass der EIC als Dach für die bestehenden Innovationsinstrumente dienen sollte.

Das Europäische Parlament begrüßt die Schaffung des EIC, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass dieser die zweite Säule von Horizont 2020 nicht vollständig ersetzen dürfe, und fordert die Kommission auf, eine ausgewogene Kombination von Instrumenten für das

EIC-Portfolio vorzuschlagen. Der Rat hebt hervor, dass es eines konsolidierten Portfolios europäischer Instrumente und Initiativen zur Finanzierung von Innovationen bedarf. Der EIC sollte einen Mehrwert schaffen und dazu beitragen, das Innovationsökosystem zu stärken. Der Rat unterstreicht, dass die derzeitigen nationalen und europäischen Maßnahmen zur Finanzierung von Innovationen berücksichtigt werden sollten, um Synergien zu gewährleisten und Doppelarbeit zu vermeiden.

#### *4.6.2. Aufträge: Einigkeit über das Konzept, Zweifel an seiner Durchführung*

Das Konzept der „Aufträge“ wurde im Juli 2017 durch den Lamy-Bericht auf den Weg gebracht, nachdem einige Mitgliedstaaten oder Interessenträger ihren Standpunkt zum RP9 angenommen hatten. Das Konzept der auftragsorientierten Forschung und Innovation wurde von den Mitgliedstaaten positiv aufgenommen. Schweden ist der Auffassung, dass Aufträge den systemischen Wandel in der Gesellschaft fördern können und ihr Ziel darin bestehen müsse, Ressourcen und Wissen aus verschiedenen Disziplinen zusammenzubringen. Nach Ansicht Dänemarks könnten konkrete Aufträge die Sichtbarkeit des Programms verbessern und eine ansprechendere Darstellung des Programms ermöglichen. Das Vereinigte Königreich betrachtet Aufträge als nützlichen Rahmen für die Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen oder die Nutzung von Marktchancen und erwartet einen flexiblen und beratenden Ansatz für ihre Durchführung. Irland zufolge dürfte dieser konzentrierte Ansatz zu größeren Synergien zwischen Forschungsprogrammen und Sektoren führen.

Frankreich unterstützt das Konzept, solange die Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Gestaltung sichergestellt ist. Dieser Standpunkt wird von Zypern unterstützt, das sich dafür ausspricht, dass Aufträge einen EU-Mehrwert aufweisen, klar definiert sind, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern gestaltet werden und von begrenzter Zahl sind. Deutschland ist der Auffassung, dass Aufträge im Kontext gesellschaftlicher Bedürfnisse und großer europäischer und globaler Herausforderungen definiert werden müssen. Slowenien äußert die Sorge, dass Aufträge für die Mitgliedstaaten mit erheblichen vorübergehenden Störungen bei der Umsetzung verbunden sein könnten. Schweden, Irland, das Vereinigte Königreich und die Schweiz sowie LERU und die Guild erwarten, dass Aufträge mit den SDG der Vereinten Nationen in Einklang gebracht werden.

Auch unter den Interessenträgern stößt das Konzept auf breite Zustimmung. Die Guild geht davon aus, dass 30 % der mit Aufträgen verbundenen Aufrufe einem Bottom-up-Ansatz folgen. Dieser Standpunkt wird vom YERUN unterstützt, das auf der gemeinsamen Entwicklung von Ergebnissen besteht. Das ECIU begrüßt die Erwägung eines auftragsorientierten Ansatzes mit gewissen Vorbehalten und weist darauf hin, dass die Steuerungs- und Verwaltungsstruktur für den Erfolg von Aufträgen entscheidend sein werde.

Der Rat fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Entwicklung eines strategischen, interdisziplinären, auftragsorientierten Ansatzes zur Bewältigung von gemeinsam vereinbarten Herausforderungen zu prüfen.

### **4.7. Einbeziehung in die Festlegung und Mitgestaltung: die Aufgaben der Bürgerinnen und Bürger**

Zahlreiche Mitgliedstaaten und Interessenträger weisen auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft an der Festlegung und Durchführung des Neunten Rahmenprogramms hin, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung von Aufträgen. Belgien erwartet eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei

der Festlegung der Forschungspolitik, von Forschungsagenden und Forschungsfragen. Finnland möchte die Maßnahmen zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft in die Festlegung und Planung von Forschungs- und Innovationsprioritäten sowie von Forschungs- und Innovationstätigkeiten verstärken. Irland ist der Auffassung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an der Mitgestaltung der RP9-Forschungsagenda beteiligen sollten.

Ungarn vertritt die Ansicht, dass die wichtigsten Interessenträger und die breite Öffentlichkeit in die Festlegung der wichtigsten Aufträge einbezogen werden sollten. Island stellt fest, dass Forschung und Innovation gemeinschaftliche Bestrebungen sind, die Grundsätzen wie Mitgestaltung und der Beteiligung der Nutzer und Bürger folgen müssen. Deutschland vertritt die Auffassung, dass den Mitgliedstaaten bei der Gestaltung des Dialogs mit der Gesellschaft eine maßgebliche Rolle zukommen müsse.

EUA ist der Ansicht, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt sein müssen. ECIU weist darauf hin, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft, öffentlichen Einrichtungen, der Industrie und den Bürgerinnen und Bürgern ist und ist der Auffassung, dass es Optionen für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten geben müsse, ohne dass eine juristische Person zu ihrer Vertretung erforderlich ist.

Das Europäische Parlament nimmt zur Kenntnis, dass Interessenträger der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft sowie die Zivilgesellschaft beteiligt sein müssen, und weist darauf hin, dass die Bürgerwissenschaft einen wesentlichen Beitrag dazu leiste, dass die Gesellschaft eine aktivere Rolle bei der gemeinsamen Festlegung von Prioritäten und der Mitgestaltung von Lösungen spielt. Der Rat schlägt in Bezug auf diesen Aspekt vor, ein Pilotprojekt zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Festlegung der Agenda auf den Weg zu bringen, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zusammen einen gemeinsamen Aktionsplan auszuarbeiten, um die Kommunikation und Interaktion mit der Gesellschaft und Interessenträgern zu verbessern.

#### **4.8. Die Wechselwirkungen zwischen Forschung, Innovation und Hochschulbildung**

Deutschland und Dänemark vertreten die Auffassung, dass die europäische Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik enger und schlüssiger als bisher verknüpft werden müssen. Auch Schweden erkennt einen engen Zusammenhang zwischen Forschung und Bildung. Kroatien erwartet, dass das RP9 eine engere Verbindung zwischen Forschung und Hochschulbildung unterstützen wird.

Auch Interessenträger wie CESAER, die Hochschuleinrichtungen vertreten, sprechen sich für eine bessere Integration von Bildung, Forschung und Innovation aus. EUA strebt eine stärkere Harmonisierung der EU-Strategien und -Instrumente in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation an. Das ECIU ist der Ansicht, dass dem Beitrag der Universitäten zur Vermittlung von Hochschulbildung bei der Gestaltung des RP9 Rechnung getragen werden sollte, und begrüßt Initiativen zur Bündelung von Finanzmitteln und Strategien in einem europäischen Bildungs-, Forschungs- und Innovationsraum. YERUN betont, dass das Dreieck aus Bildung, Forschung und Innovation für die Verbreitung von Exzellenz und die Erzielung einer möglichst breiten Wirkung von zentraler Bedeutung sei.



In diesem Zusammenhang schlägt Frankreich vor, Exzellenznetze europäischer Hochschuleinrichtungen zu schaffen, die als europäische Universitäten bezeichnet werden und als Exzellenzzentren betrachtet werden könnten.<sup>63</sup>

Das Europäische Parlament begrüßt die Bemühungen um bessere Verbindungen zwischen dem EFR und dem Europäischen Hochschulraum und betont, dass die Kooperation zwischen der Industrie und den Hochschul- und Wissenschaftssystemen ausgebaut werden müsse.

Der Rat empfiehlt darüber hinaus, zwischen dem EFR und dem Europäischen Hochschulraum stärkere Verknüpfungen und mehr Kohärenz zu schaffen, indem die Synergien zwischen den EU-Finanzierungsinstrumenten in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation verbessert werden.

#### **4.9. Internationale Zusammenarbeit: Verstärkung der Beteiligung**

Die Beteiligung von Drittländern am RP ist zwischen RP7 und Horizont 2020 zurückgegangen, und die Zwischenbewertung von Horizont 2020 hat ergeben, dass die internationale Zusammenarbeit in Zukunft verstärkt werden sollte. Die EU-Mitgliedstaaten, assoziierten Länder und Interessenträger schlagen verschiedene Maßnahmen vor, um den derzeitigen Trend umzukehren.

Deutschland ist der Auffassung, dass eine offene internationale Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Fachkompetenz und gemeinsamen Innovationszielen beruhen sollte, um die Unabhängigkeit Europas zu wahren. Portugal und Dänemark weisen darauf hin, dass im Rahmen des RP9 strategische Bereiche für die internationale Zusammenarbeit festgelegt werden müssen. Polen schlägt vor, die Fahrpläne für die internationale Zusammenarbeit (INCO) zu erneuern, während Belgien fordert, dass ein Teil des RP9 der internationalen Zusammenarbeit gewidmet wird. Frankreich, Dänemark und Finnland sind der Auffassung, dass die Gegenseitigkeit des Zugangs zu Forschungsprogrammen ein wichtiger Aspekt bei der Beteiligung von Drittländern sei, ein Standpunkt, der von der LERU und dem Rat unterstützt wird.

Dänemark will Möglichkeiten prüfen, den Status eines assoziierten Landes auf Drittstaaten auszuweiten, während Frankreich der Auffassung ist, dass eine Assoziierung gewährt werden sollte, wenn ein eindeutiger EU-Mehrwert besteht. Das Vereinigte Königreich betont, dass die Bedingungen für die Assoziierung und die Teilnahme von Drittländern fair sein sollten. Island ist der Auffassung, dass neue Maßnahmen zur Förderung der Partnerschaft mit außereuropäischen Ländern aufgenommen werden sollten. Die Schweiz schlägt vor, neue Mechanismen der Teilnahme für Länder mit strategischer Bedeutung für die europäische Forschung und Innovation zu prüfen.

Science Europe weist darauf hin, dass die Teilnahme am und/oder die Assoziierung mit dem RP9 auf der Grundlage von Exzellenz angeregt und gefördert werden sollte. CESAER erwartet einen neuen und einheitlichen Rahmen für die Assoziierung im RP9, während die Guild fordert, dass die internationale Zusammenarbeit eine echte wechselseitige Zusammenarbeit darstellt.

Das Europäische Parlament unterstreicht, dass die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Neunten Rahmenprogramms gestärkt und die Wissenschaftsdiplomatie ausgeweitet werden müsse. Der Rat ersucht die Kommission und die Mitgliedstaaten,

---

<sup>63</sup> Diese Anregung schließt sich an den [Vorschlag](#) des französischen Präsidenten Emmanuel Macron bei seiner Rede im September 2017 an.

gemeinsam mit den assoziierten Ländern die strategische Koordinierung der internationalen Zusammenarbeit zwischen der EU und der nationalen Ebene zu unterstützen und ersucht die Kommission, sich bei den Modalitäten für die Assoziierung von Drittländern mit dem Neunten Rahmenprogramm eng mit den Mitgliedstaaten abzustimmen.

#### **4.10. Forschungsprogramm für den Verteidigungsbereich**

Nach Debatten über die Einbeziehung der Verteidigung in das RP9 sind Deutschland, Belgien, Dänemark, Irland, die Slowakei, Zypern, Frankreich, Island und die Schweiz der Ansicht, dass das RP9 weiterhin ausschließlich zivil ausgerichtet sein sollte und ein künftiges europäisches Verteidigungsforschungsprogramm als eigenständiges Forschungsprogramm außerhalb von RP9 angesiedelt werden sollte. Die LERU schließt sich diesem Standpunkt an. Finnland unterstützt das Programm, äußert sich jedoch nicht zu seiner Aufnahme in das RP9. Das Europäische Parlament spricht sich ebenfalls für eine Trennung des Forschungsprogramms für den Verteidigungsbereich vom RP9 aus.

### **5. Ausblick**

Im Laufe der Vorbereitung eines EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation wurden die bestehenden Spannungen zwischen den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und den Interessenträgern in Bezug auf die EU-Politik in diesem Bereich deutlich. Diese Spannungen gehen auf die Erkenntnis zurück, dass das RP ein wichtiges EU-Instrument zur Schließung zweier Lücken ist. Die erste Lücke ist die externe Forschungs- und Innovationskluft zwischen der EU als Ganzes und ihren globalen Wettbewerbern. Die zweite Lücke ist die EU-interne Forschungs- und Innovationskluft zwischen den Ländern und Regionen, die als Innovationsführer gelten, und jenen, die nach wie vor eine moderate Innovationstätigkeit verzeichnen.

Zur Schließung der ersten Lücke sollte das RP den Schwerpunkt auf Exzellenz legen, um Europas Position im weltweiten Wettbewerb bei Forschung und Innovation zu behaupten. Dieser Schwerpunkt auf Exzellenz führt jedoch tendenziell zu einer Konzentration der Forschungs- und Innovationskapazitäten in bestimmten Regionen und Ländern, die in diesem Bereich bereits führend sind, wodurch die EU-interne Forschungs- und Innovationskluft aufrechterhalten oder sogar vergrößert wird. Zur Schließung dieser zweiten Lücke gelten die Strukturfonds oder ESI-Fonds als wichtigstes EU-Instrument zur Unterstützung des Aufbaus von Kapazitäten in Ergänzung zu den im Rahmen des RP durchgeführten Kohäsionsmaßnahmen. Die mangelnde Komplementarität zwischen den Regeln des RP und den ESIF schränken jedoch die Möglichkeit ein, wirksame und echte Synergien zwischen den beiden Fonds zu schaffen. Um die erste Lücke erfolgreich zu schließen, muss die EU in der Lage sein, das volle Potenzial all ihrer Regionen auszuschöpfen, was bedeutet, dass die zweite Lücke verringert und geschlossen werden muss. Es ist dann erforderlich, dass das RP9 und die ESIF so konzipiert sind, dass sie in perfekter Synergie und Komplementarität zusammenwirken, damit beide Lücken effizient geschlossen werden können.

Die Standpunkte zur Straffung und Vereinfachung des Programms offenbaren auch unterschiedliche Auffassungen über die Ziele des RP. Es besteht Einvernehmen darüber, dass das RP einen hohen EU-Mehrwert schaffen muss, und dass dieser Mehrwert in erster Linie auf dem Verbundcharakter des RP beruht. Allerdings ist der Anteil des Haushalts für Instrumente für einzelne Begünstigte – einschließlich der Zuschüsse des Europäischen Forschungsrats, der Marie-Skłodowska-Curie-Mobilitätsmaßnahmen oder

einiger der im Rahmen des EIC-Pilotprojekts umstrukturierten Instrumente – bei den letzten RP erheblich angestiegen. Die Unterstützung für diese Instrumente wird für RP9 erneut bestätigt, während gleichzeitig der Ruf nach Verbundinstrumenten laut wird. Die Frage, wie in dieser Hinsicht ein angemessenes Gleichgewicht hergestellt werden kann, wird bei den kommenden Verhandlungen eine zentrale Rolle spielen.

Die Einführung neuer Elemente im RP9 – der Europäische Innovationsrat und Aufträge – zeigt, dass die Umsetzung des RP mehr Flexibilität erfordert. Der Vorschlag für das RP wird fast zehn Jahre vor Ende des Programms angenommen: Neue Herausforderungen können entstehen und bestehende Instrumente müssen möglicherweise während der Laufzeit des Programms geändert oder beendet werden. Der derzeitige Rechtsrahmen für Horizont 2020 ist zu starr, um die erforderliche Flexibilität zu ermöglichen.

Eine größere Flexibilität bedeutet jedoch, dass ein höheres Maß an Vertrauen zwischen den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und den Interessenträgern erreicht wird. Diese Entwicklung erfordert, dass die Kommission, das Parlament und der Rat bei der Regelung des RP9 ein angemessenes Gleichgewicht zwischen einer soliden Rechtsgrundlage und Möglichkeiten zur Anpassung der Durchführungsprozesse finden. Darüber hinaus müssen die Aufgaben der Mitgliedstaaten bei der Verwaltung und Durchführung des Programms überprüft werden, um die Komplementarität mit nationalen Initiativen sicherzustellen.

## 6. Wichtige Quellen

Europäische Kommission: [Key findings from the Horizon 2020, interim evaluation](#), 2017.

Europäische Kommission: [The economic rationale for public R&I funding and its impact](#), 2017.

Europäische Kommission: [New horizons – Future scenarios for research & innovation policies in Europe \(project Bohemia\)](#), 2017.

Europäische Kommission, Bericht der unabhängigen hochrangigen Expertengruppe zur Maximierung der Wirkung der Ful-Programme der Europäischen Union: [LAB – FAB – APP – Investing in the European future we want](#), 2017.

Europäische Kommission: [Mission-oriented research & innovation in the European Union](#), 2018.

Reillon, Vincent: [Haushalt und Durchführung von Horizont 2020](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, November 2015.

Reillon, Vincent: [EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, September 2017.

Reillon, Vincent: [EU framework programme processes](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, Januar 2018.

Reillon, Vincent: [Interim evaluation of Horizon 2020](#), Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, März 2018.

---

Der Vorbereitungsprozess für ein EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation umfasst eine Reihe von Aktivitäten: die Bewertung des vorhergehenden Programms; Expertenstudien zur Festlegung des Umfangs und der Prioritäten des neuen Programms; sowie Vorschläge für neue Instrumente. Auch die EU-Institutionen, die Beratenden Ausschüsse, die Mitgliedstaaten und andere Interessenträger haben ihre Erwartungen und Stellungnahmen im Hinblick auf Form und Inhalt des Programms geäußert.

Diese Arbeit bietet einen Überblick über alle Aktivitäten, die entwickelt wurden, um zur Vorbereitung des RP9 beizutragen. Darüber hinaus werden auch die Standpunkte aller Akteure zu zehn wesentlichen Diskussionspunkten analysiert, unter anderem der schwierige Kampf um den Haushalt von RP9; das Spannungsfeld zwischen der Förderung der Exzellenz und der Notwendigkeit der Kohäsion; die Straffung der Instrumente und Vereinfachung der Prozesse; Forderungen nach einem größeren EU-Mehrwert durch das Programm in Zusammenhang mit seinem Verbundcharakter; die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Verwaltung und Durchführung des Programms; und die erwarteten Neuerungen: der Europäische Innovationsrat und eine auftragsorientierte Herangehensweise.

---

Veröffentlichung des

**Wissenschaftlichen Dienstes für die Mitglieder**

*Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst, Europäisches Parlament*



PE 620.215  
ISBN 978-92-846-2827-8  
doi:10.2861/186359

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.